ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Moormann, Jürgen

Working Paper

Terminologie und Glossar der Bankinformatik

Arbeitsberichte der Hochschule für Bankwirtschaft, No. 37

Provided in Cooperation with:
Frankfurt School of Finance and Management

Suggested Citation: Moormann, Jürgen (2002) : Terminologie und Glossar der Bankinformatik, Arbeitsberichte der Hochschule für Bankwirtschaft, No. 37, Hochschule für Bankwirtschaft (HfB), Frankfurt a. M.,
https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2008071815

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/27893

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hochschule
für Bankwirtschaft / HfB

Nr. 37

Terminologie und Glossar der Bankinformatik

Jürgen Moormann

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

Juni 2002

ISSN 1436-9753

Autor: Prof. Dr. Jürgen Moormann
Bankbetriebslehre,
insb. Strategie, Organisation
und Informationstechnologie
Hochschule für Bankwirtschaft,
Frankfurt am Main
eMail: moormann@hfb.de

Herausgeber: Hochschule für Bankwirtschaft HfB
Sonnemannstr. 9-11 • 60314 Frankfurt am Main
Tel.: 069/154008-724 • Fax: 069/154008-728

Vorwort

Der Einsatz von Technologie zur systematischen Verarbeitung und Nutzung von Informationen hat für die Bankwirtschaft einen extrem hohen Stellenwert. So wird der gegenwärtige Strukturwandel im wesentlichen durch technischen Fortschritt in Form moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) getrieben. Aufgrund der enormen Bedeutung einer leistungsfähigen Informationsverarbeitung wird das Bankgeschäft vielfach als „Technology-driven Business" bezeichnet.

Als eine Thematik, die für Kreditinstitute von hoher Relevanz, enormer Dynamik und ausgeprägter Komplexität ist, stellt die Bankinformatik für viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Banken ein schillerndes Gebiet dar. Die Terminologie ist geprägt durch Fachbegriffe der traditionellen DV-Welt sowie kreative Wortschöpfungen von IT-Anbietern, sie ist stark mit Anglizismen durchsetzt und zusätzlich mit den Begriffen des bankbetrieblichen Geschäftes verquickt.

Dadurch ergibt sich eine vielfältige, aber auch verwirrende Terminologie, die den Zugang zur Bankinformatik erschwert. Der vorliegende Arbeitsbericht hat das Ziel, hier eine größere Transparenz zu schaffen. Für den Bericht wurden die in der Bankinformatik üblichen Akronyme, Fachwörter und -ausdrücke zusammengestellt und dazu Erläuterungen erarbeitet.

Die Begrifflichkeiten und Erklärungen eines sich so schnell verändernden Gebietes wie der Informationstechnologie unterliegen einem ausgeprägten Alterungsprozeß. Daher war die Überarbeitung und deutliche Erweiterung der ersten Auflage erforderlich. Auch jetzt kann das vorliegende Glossar nur als eine Zeitpunktaufnahme verstanden werden. Sofern Sie Anregungen für Erweiterungen oder Aktualisierungen haben, lassen Sie es mich bitte wissen (*moormann@hfb.de*). Ich freue mich auf Ihr Feedback.

Wesentliche Teile dieses Arbeitsberichtes sind Bestandteil der 13., vollständig überarbeiteten und aktualisierten Auflage des Gabler Bank-Lexikons (Stichwortgruppe *Bankrelevante Informationstechnologie*), Wiesbaden (voraussichtliches Erscheinungsdatum: 2. Quartal 2002).

Begriff	Erläuterung
ACD	*Abk. für* Automatic Call Distribution. – *Vgl.* Call-Center-Technologie.
ACH	*Abk. für* Automated Clearing House. Zentrale Clearingstelle, die es ermöglicht, grenzüberschreitende Massenüberweisungen innerhalb der EU bis zu einem Betrag von 2.500 € durchzuführen. Die Daten der Zahlungsaufträge werden dabei mittels elektronischer Medien vollautomatisch im Heimatland ausgetauscht und verarbeitet. Die einzelnen ACHs in den jeweiligen EU-Ländern kooperieren miteinander. – *Vgl. auch* Clearing-Center.
ADSL	*Abk. für* Asymetric Digital Subscriber Line. Variante der xDSL-Technologie, die relativ hohe Datenübertragungsraten über normale Kupferleitungen des Telefonnetzes ermöglicht. Im Gegensatz zu HDSL (symmetrische Auslegung, Up- und Download mit bis zu 2 Megabit/s) ist ADSL asymmetrisch ausgelegt, so dass in Download-Richtung (Provider -> Kunde) Datenübertragungsraten bis zu 8 Megabit pro Sekunde (Mbps), in Upload-Richtung (Kunde -> Provider) hingegen nur bis zu 850 Kilobit pro Sekunde (kbps) erzielt werden können.
Agent	Ein A. ist ein Programm, das einen Auftrag annimmt und diesen selbstständig ausführt.
AKT	*Abk. für* Automatischer Kassentresor. Am Arbeitsplatz des Kundenberaters installierter kleiner, computergesteuerter Tresor. Hiermit können Ein- und Auszahlungswünsche von Kunden erfüllt werden, ohne dass sich dieser an eine separate Kasse wenden muss.
Anwendungsprogramm	*Application Software, Applikation*. Oberbegriff für ein Programm (-paket), das nicht Teil der Systemsoftware ist. – *Arten:* 1. *Individuelle A.* sind auf die spezifischen Bedürfnisse eines Kreditinstituts abgestimmt und werden z.B. zur Kundenberatung, zur Auswertung von Kundendaten, zur Erfassung von Bankgeschäften, im Risikomanagement usw. eingesetzt. – 2. *Standard-A.* sind hingegen weniger spezialisiert und können somit von vielen Instituten genutzt werden. Sie werden durch sog. Customizing an die Bedürfnisse der jeweiligen Bank angepasst. Beispiele sind R/3-Komponenten (SAP), Softwarepakete für das Meldewesen (z.B. Samba) und Office-Pakete (z.B. MS-Office). – *Vgl. auch* Datenverarbeitung.
API	*Abk. für* Application Programming Interface. Schnittstelle zwischen Anwendungsprogrammen. Eine API dient der Kommunikation zwischen verschiedenen Programmen bzw. Programmteilen. Sie legt fest, wie die Programme miteinander zu kommunizieren haben. Standardisierte APIs sind die Voraussetzung dafür, dass auch Produkte unterschiedlicher Hersteller miteinander arbeiten können.

Application Sharing	Das A.S. ermöglicht es zwei oder mehreren Anwendern, zur gleichen Zeit von unterschiedlichen Standorten aus mit demselben Programm bzw. Dokument zu arbeiten; z.B. Beratungsunterstützung per Videokonferenz: Die Durchführung einer Finanzierungsberatung in einer Filiale erfolgt mit Unterstützung eines Spezialisten, der per Videokonferenz hinzugeschaltet wird. Während am Filialarbeitsplatz die echte Anwendung genutzt wird, arbeitet der Spezialist in der Zentrale mit derselben Anwendung und unterstützt so die Beratung vor Ort.
Application Management	Outsourcing der Softwareentwicklung und/oder -wartung: Auf Basis von festgelegten Spezifikationen übernimmt ein Dienstleister die Verantwortung und Kontrolle für die ihm übertragenen Teile einer Software.
Applikation	*Application*. – *Vgl.* Anwendungsprogramm.
ASP	*Abk. für* Application Service Provider; Unternehmen, das seinen Kunden Software-Anwendungen über das Internet zur Verfügung stellt. Das Spektrum kann von funktionellen Diensten (Back-up, Virenschutz etc.) über die Bereitstellung von Bürosoftware bis hin zu umfassenden ERP-Anwendungen reichen. Die betreffende Software muss nicht vom Kunden installiert werden, sondern wird vom ASP auf seinem Server bereitgestellt, wodurch der Kunde hohe Aufwendungen für die Beschaffung vermeidet. Der Kunde mietet das Programm, statt die Lizenz selbst zu erwerben, erhält aber keine Kopie der Software. Zusätzlich werden häufig weitere Leistungen wie die Bereitstellung von Server-Kapazitäten durch den ASP erbracht. Die Bezahlung erfolgt entweder nach tatsächlicher Nutzungsdauer oder in regelmäßigen Zeitabständen.
ATM	1. *Abk. für* Automated Teller Machine (Geldausgabeautomat bzw. erweitert zum Multifunktionsterminal). – 2. *Abk. für* Asynchronous Transfer Mode (Asynchroner Übertragungsmodus). Digitale Technologie für die Übertragung von Daten, Sprache und Videos. Sie ermöglicht einer theoretisch unbegrenzten Zahl von Netzbenutzern dedizierte Hochgeschwindigkeitsfestverbindungen sowohl untereinander als auch mit Servern. ATM basiert auf einem schnellen Zell-Switching (Pakete fester Größe: 5 Byte Adress- und 48 Byte Nutzdaten), das variable Bit-Raten (je nach Anforderung) ermöglicht. Im Zusammenhang mit ATM spricht man nicht von Nachrichtenpaketen, sondern von Nachrichtenblöcken oder Nachrichtenzellen. ATM wird vorwiegend für Backbones verwendet, da das Protokoll im Gegensatz zu TCP/IP weniger „intelligent“ arbeitet. Je nach verwendeter Schnittstelle (E3, TAXI, SDH/STM4 etc.) sind Verbindungen mit bis zu 622 Megabit/s möglich.
Autorisierung	Prüfung einer Transaktion auf Zulässigkeit anhand verschiedener Kriterien wie Kartengültigkeit, Richtigkeit der PIN, Einhaltung des Limits bei Transaktionen usw. – *Vgl. auch* Electronic Cash.

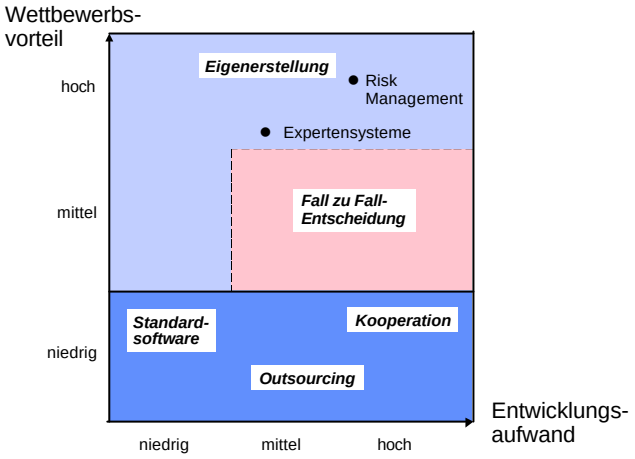
Avatar	Intelligente virtuelle Berater (Cor@, Nick, Lara Croft, E-Cyas, Kyoko Date usw.). A. dienen der personifizierten Navigation und Orientierung im Web. Es wird erwartet, dass sie künftig erklärungsbedürftige Bankprodukte mit einer Beratungsqualität anbieten, die sich von der Standardberatung in einer Geschäftsstelle kaum mehr unterscheidet.
B2B	*Abk. für* Business-to-Business; Begriff des E-Commerce zur Bezeichnung des digitalen Handels zwischen Unternehmen.
B2C	*Abk. für* Business-to-Consumer; Fachbegriff des E-Commerce, der den elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Endkunden beschreibt.
Backbone	*Rückgrat.* B. dienen zur Hochgeschwindigkeitsverbindung eigenständiger LAN-Subnetze untereinander. Die Hauptlast des Netzwerkverkehrs zwischen den Subnetzen läuft dabei über diese B. Im Internet werden damit Datenleitungen bezeichnet, die einen Großteil des (inter-)nationalen Datenverkehrs übertragen.
Back-Office-System	IT-System zur Abwicklung und Buchung von Geschäftsvorfällen. B.-O.-S. verarbeiten die Transaktionsdaten der Bank (Zahlungsverkehr, Einlagen-, Kreditgeschäft usw.). Da B.-O.-S. in der Regel an den Produktsparten der Banken orientiert sind, wird auch von Spartensystemen oder Silo-Strukturen gesprochen. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
Bandbreite	Frequenzbereich, der die Übertragungsleistung eines Leitungssystems angibt. Die B. wird in bps angegeben.
Bankinformatik	1. *Begriff:* Unter B. wird die Wissenschaft, Technik und Anwendung der systematischen und automatischen Verarbeitung von bankbetrieblichen Informationen verstanden. Informationen sind Daten, denen eine Bedeutung zugeordnet wurde. 2. *Stellenwert:* Die schnelle und sichere Verarbeitung von Daten und Informationen hat existentielle Bedeutung für die Zukunft jeder Bank. Alle Geschäftsprozesse einer Bank werden – in unterschiedlichem Ausmaß – durch informationsverarbeitende Systeme unterstützt. Auch ein Bankprodukt ist, als Ergebnis der bankbetrieblichen Wertschöpfung, nichts anderes als Information. Über die Qualität der gelieferten Information differenziert sich die Bank im Wettbewerb. Die B. bildet damit das Rückgrat des heutigen Bankgeschäftes. 3. *Entwicklungsstufen:* Der Einsatz von B. vollzog sich über vier Dekaden, die jeweils von Technologiewellen geprägt waren. a) *Batch-Datenverarbeitung:* Ausgangspunkt war die Aufnahme des Privatkundengeschäftes im großen Stil Anfang der 60er Jahre. Die Bankbranche wurde in diesem Zuge eine der ersten Anwender der Großrechner-EDV. Im Vordergrund stand die Entwicklung von Buchungssystemen, die große Datenmengen aus der Kontoführung verarbei-

ten konnten. Die Verbuchung erfolgte im Batch-Verfahren. – b) *Time-Sharing-Datenverarbeitung:* In den 70er Jahren entstanden in den Banken Programme für die einzelnen Banksparten (z.B. Kredit-, Spar- und Wertpapiergeschäft). Dabei handelte es sich zunehmend um Dialoganwendungen, die im Time-Sharing-Verfahren arbeiteten. – c) *Individualisierte Informationsverarbeitung:* Die Bearbeitung von Kundenaufträgen wurde in den 80er Jahren durch Auftragsbearbeitungs- und Auftragsverwaltungssysteme erleichtert. Mit Hilfe benutzerorientierter Programmiersprachen war es Mitarbeitern aus Fachabteilungen erstmals möglich, auf Großrechnerdaten zuzugreifen und daraus Informationen zu generieren. Darüber hinaus hielten Ende der 80er Jahre PCs Einzug in die Banken. – d) *Vernetzte Informationsverarbeitung:* In den 90er Jahren bauten die Banken ihre nationale und weltweite Vernetzung aus, konzipierten neue IT-Strukturen als Client/Server-Systeme und forcierten den elektronischen Datenaustausch mit Firmenkunden. Die Ende der 90er Jahre begonnene Vernetzung auf Basis der Internet-Technologie richtete sich zunächst auf Privatkunden (B2C), später auch auf Firmenkunden (B2B).

4. *Elemente der B.:* Die Vielfalt der bankbetrieblichen Informatik lässt sich in vier Segmente gliedern: a) *Operative Systeme:* Diese verarbeiten die Transaktionsdaten aus Bankgeschäften (Einlagen, Kredite, Wertpapier usw.). – b) *Kundennahe Systeme:* Anwendungen zur Beratungsunterstützung (Berechnungsmodelle etc.), Office-Pakete, Kundeninformationssysteme und Systeme des Electronic Banking. – c) *Bankinterne Systeme:* z.B. Systeme der Verwaltung, des Rechnungswesens und des bankbetrieblichen Meldewesens. – d) *Systeme zur Managementunterstützung:* Entscheidungsunterstützungssysteme für die operative und strategische Bankplanung, Systeme für das Treasury, Managementinformationssysteme usw.
5. *Optionen der B.:* In Abhängigkeit von der strategischen Ausrichtung der Bank und der Art ihrer Geschäftsprozesse ergeben sich vier grundsätzliche Gestaltungsmöglichkeiten der B.: a) *Outsourcing:* Die Zulieferung von einzelnen Komponenten der B. kann beispielsweise die Betreuung des Netzwerkmanagements, die Pflege von Altanwendungen (Application Management), die technische Abwicklung einzelner Produktbereiche (Wertpapier-, Kartengeschäft etc.) oder den Back-up-Betrieb des bankeigenen Rechenzentrums umfassen. Zunehmend ist die Auslagerung der kompletten Informatik von Banken an Outsourcing-Anbieter zu beobachten. Auch Joint Ventures zwischen Banken und IT-Dienstleistern wurden in jüngster Zeit abgeschlossen. – b) *Einsatz von Standardsoftware:* Sofern die Informationsverarbeitung im eigenen Haus erfolgt, ist der Einsatz von standardisierter Software zu prüfen. Aus Kostengründen sollte diese eingesetzt werden, wo immer es möglich und strategisch vertretbar ist. Das gilt insbesondere für die Bereiche, in denen sich die Bank nicht von anderen Instituten unterscheidet, also vor allem für die Abwicklung von Basistransaktionen. Standardsoftware ist zu differenzieren in Gesamtbankpakete und Teillösungen. (1) *Gesamt-*

bankpakete decken alle üblichen Geschäfte einer Universalbank ab und eignen sich primär für kleine und mittelgroße Kreditinstitute. Schwächen dieser Pakete müssen jedoch oftmals durch Eigenentwicklungen oder Ergänzungenanhand weiterer Produkte behoben werden. (2) *Teillösungen* sind in großer Zahl am Markt erhältlich, z.B. für bankinterne Bereiche (Kostenrechnung, Personalverwaltung, Meldewesen usw.) oder auch für operative Bereiche (klassisches Wertpapiergeschäft, Derivatehandel, Auslandsgeschäft etc.). – c) *Kooperation:* Der steigende Wettbewerb im Finanzdienstleistungsbereich führt zu neuen Konzepten in der B. Während in der Vergangenheit die Informationsverarbeitung im Alleingang üblich war, gewinnt nun die gemeinsame Verarbeitung und die Teilung der Fixkosten an Bedeutung. Unter diesem Aspekt erfolgt zunehmend eine Zusammenarbeit mehrerer Banken in der Anwendungsentwicklung und/oder beim Betrieb eines Rechenzentrums. Diese Entwicklung lief in den Bankengruppen unterschiedlich: (1) Im *Sparkassenbereich* sind nahezu alle Institute an Verbandsrechenzentren angeschlossen, die wiederum von drei Datenverarbeitungsgesellschaften betrieben werden. Über das SIZ wird versucht, die Anwendungsentwicklung dieser Gesellschaften zu koordinieren und schließlich zu einer einheitlichen Software zu gelangen. (2) Auch die *Genossenschaftsorganisation* ist den Weg der Kooperation gegangen. Die Primärinstitute sind komplett an Gemeinschaftsrechenzentren, die von drei DV-Gesellschaften betrieben werden, angeschlossen. (3) Im Bereich der *privaten Banken* hat es ebenfalls Versuche der gemeinsamen Anwendungsentwicklung gegeben. Diese Kooperationen sind weitgehend gescheitert. Die Gründe lagen u.a. in den zu unterschiedlichen Wünschen der beteiligten Banken bezüglich der Funktionalität des Systems oder in der zu großen Komplexität aufgrund der notwendigen Integration in die Altsysteme. – d) *Individualsoftware:* Seit Beginn der elektronischen Datenverarbeitung waren Banken typische Eigenentwickler und Betreiber eigener Rechenzentren. Dieses hat sich im Verlauf der Zeit grundsätzlich geändert. Heute sollten Anwendungen nur in den Bereichen selbst entwickelt werden, in denen Outsourcing, Standardsoftware oder Kooperation nicht in Frage kommen. Die Eigenerstellung von operativen Systemen findet dementsprechend nur noch bei wenigen Kreditinstituten statt, d.h. bei großen privaten Banken, bei Landesbanken und genossenschaftlichen Zentralbanken, Hypothekenbanken, Bausparkassen und Transaktionsbanken. Für kleinere und mittelgroße Institute ist die Eigenentwicklung nur in Ausnahmefällen relevant. Selbst für Großinstitute ist es sinnvoll zu differenzieren. Die Abbildung zeigt, dass Eigenentwicklung nur dort betrieben werden sollte, wo der erwartete Wettbewerbsvorteil hoch ist. Ansonsten kommt eine der drei anderen Optionen der B. in Frage.

6. *Ausblick:* Die Bankwirtschaft befindet sich hinsichtlich der B. in einer schwierigen Situation. Die operativen Systeme sind vielfach fachlich und technisch veraltet und müssen grundlegend erneuert werden. Gleichzeitig erfordert der Markt neue Anwendungen (Real-Time-

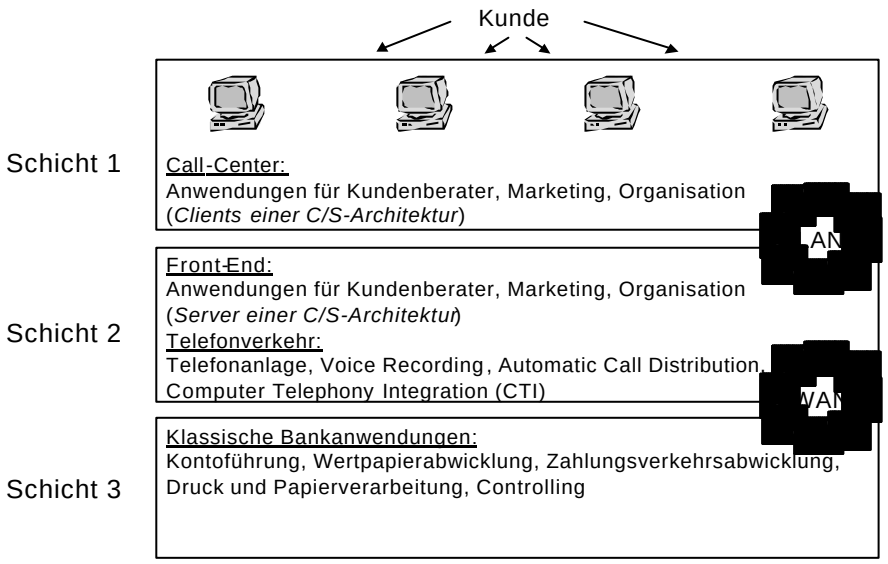
	Verbuchung, Umsetzung gesetzlicher Anforderungen, Sicherheitsmechanismen für offene Netze, CRM-Systeme, Informatik für Handelsräume, weitere Automatisierung des Back Office usw.). Dabei müssen neue Technologien integriert werden (Internet, Workflow-Management-Systeme etc.). Die Wartung der Altsysteme und die gleichzeitige Neuentwicklung stellen eine enorme Herausforderung an das IT-Management dar. Entscheidungsportfolio zur Bankinformatik  **Literatur:** MOORMANN, J., Umbruch in der Bankinformatik – Status-quo und Perspektiven für eine Neugestaltung, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 3-20; MOORMANN, J., WÖLFING, D., Auf dem Weg zur neuen Informatik, in: Die Bank 39 (1999), Nr. 7, S. 462-467
Banking Communication Standard	(*BCS)*. Vom ZKA (Zentraler Kreditausschuss) verabschiedete Spezifikation zum Datenaustausch innerhalb des Bankenbereichs. Der BCS findet z.B. Anwendung bei Cash-Management-Systemen, um die Multibankfähigkeit, d.h. das Verarbeiten von Daten verschiedener Kreditinstitute mit einer Software, zu ermöglichen (z.B. MultiCash Plus). – *Vgl. auch* HBCI, EDIFACT.
Batch-Verarbeitung	*Stapel-Verarbeitung.* Nach einem sogenannten Buchungsschnitt werden Daten i.d.R. über Nacht von einem Großrechner (Mainframe, Host) als „Stapel“ verarbeitet. Das B.-V. wird bei Systemen angewendet, die Massendaten verarbeiten (z.B. aus dem Zahlungsverkehr oder dem Wertpapiergeschäft). Das B.-V. läuft für den Anwender nicht sichtbar im Hintergrund ab. Es wird zunehmend von Real-Time- und Near-Time-Verarbeitung abgelöst.
BCS	*Abk. für* Banking Communication Standard.

Belegleser	Gerät, das geschriebene oder gedruckte Unterlagen (Schecks, Überweisungen) auf optischem Wege direkt in ein Datenverarbeitungssystem einliest. Voraussetzung ist eine Codierung der Belege (Codierzeile) mit einer maschinell lesbaren Schrift (OCR-Schrift). Neuere B. sind mit Hilfe von Schrifterkennungssystemen in der Lage, Belege zu erfassen, die handschriftlich ausgefüllt wurden (Image Processing).
Belegloser Datenaustausch	1. *Begriff:* Verfahren, bei dem Zahlungsverkehrsdaten (Daten von Überweisungsaufträgen und von Einzugsaufträgen für Lastschriften und Schecks) durch Austausch elektronischer Datenträger bzw. mittels Datenfernübertragung (DFÜ) weitergeleitet und verrechnet werden (DTA-Clearing). 2. *Anwendung:* Für den Datenträgeraustausch (DTA) eignen sich: (1) Massenumsätze des Zahlungsverkehrs zwischen Kreditinstituten und Kunden. Je nach Organisationsform stellt der Kunde seinem Kreditinstitut die Daten auf z.B. Diskette oder per DFÜ zur Verfügung. Anstelle der auszudruckenden Zahlungsbelege wird lediglich der elektromagnetische Datenträger weitergegeben. (2) Zahlungsverkehrsumsätze im Verkehr zwischen Kreditinstituten. 3. *Vorteile:* (1) Die Umsetzung von Originalbelegen auf maschinell lesbare Datenträger bzw. die Nachcodierung der Zahlungsverkehrsbelege entfällt. (2) Elektronische Datensätze lassen sich erheblich schneller in die Zentraleinheit einlesen als Informationen über einen optischen Belegleser aufgenommen werden können. 4. *Rechtsgrundlage:* Zur Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Kreditinstituten haben die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft die Vereinbarung über Richtlinien für den B.D. getroffen, die die Abwicklung des sog. Magnet-Clearingverfahrens festlegt. Die Rechtsverhältnisse der Kreditinstitute zu ihren Kunden werden durch die Bedingungen der Kreditinstitute für den B.D geregelt.
Benutzerservice	*Help Desk.* Organisationseinheit innerhalb des IT-Bereichs. Die Aufgaben eines B. umfassen im allgemeinen die Benutzerschulung, die Benutzerberatung sowie die technische Hilfestellung.
Betriebssystem	B. verarbeiten vom Benutzer eingegebene Daten, verwalten die gespeicherten Dateien und kontrollieren angeschlossene Geräte wie Drucker und Festplatten. Sie dienen außerdem als Basis für Anwendungsprogramme wie Textverarbeitung, Datenbankanwendung etc. B. sind z.B. Windows, Linux, OS 390.
BIC	*Abk. für* Bank Identifier Code. Elfstelliger Code aus Buchstaben und Zahlen, anhand dessen eine eindeutige internationale Identifikation einer Bank möglich ist. Der BIC wird im Auslandszahlungsverkehr genutzt und ist Voraussetzung zur Teilnahme am TARGET-System.

Billing	Online-Abrechnungsverfahren, das speziell für Kleinbetragszahlungen im Internet geeignet ist. Beim B. werden i.d.R. die Zahlungsbeträge gesammelt von einem Referenzkonto abgebucht.
Biometrik	Biometrische Systeme erkennen spezifische Eigenschaften des Benutzers wie Gesichtszüge, Stimme, Iris, Tipp- und Schreibverhalten sowie Fingerabdruck, wobei der Fingerabdruck die bisher am weitesten verbreitete Methode ist. Auf Basis biometrischer Verfahren können Sicherheitssysteme erstellt werden, die den Missbrauch von bisherigen Chipkarten vermeiden, da biometrische Merkmale nicht übertragbar sind. Darüber hinaus ist die biometrische Erkennung für den Benutzer meist schneller und bequemer als sonstige Sicherheitssysteme. Zu den Einsatzmöglichkeiten im Bankenumfeld zählen vor allem das Online Banking und die Smartcard. Durch einen integrierten Fingerprint-Sensor kann die Smartcard nur vom Karteninhaber aktiviert werden.
Bluetooth	Technologie für die Übermittlung von Sprache und Daten durch Radiokurzwellen. Die Übertragungsleistung beträgt bis zu 1 Megabit pro Sekunde bei einer Reichweite von 10 Metern. Durch Leistungsverstärkung kann eine Reichweite von bis zu 100 Meter erreicht werden. Im Gegensatz zu Wireless LAN ist B. ausgesprochen geräteorientiert. Der Name B. leitet sich aus Harald Blauzahn ab, einem Dänischen König, der im Jahr 1000 erstmals alle Dänischen Provinzen unter seiner Krone vereinte. – *Vgl. auch* WLAN.
BÖGA	*Abk. für* Börsengeschäftsabwicklung. Elektronisches System der Deutsche Börse AG zur Abwicklung von Wertpapiergeschäften; Bestandteil des Systems XONTRO.
BOSS-CUBE	*Abk. für* Börsen-Order-Service-System und Computerunterstütztes Börsenhandels- und –entscheidungssystem. System der Deutsche Börse AG für das elektronische Orderrouting; Bestandteil des Systems XONTRO.
bps	*Abk. für* Bits pro Sekunde (auch: Bit/s); Maßstab für die Übertragungsrate bei Datenfernübertragungen**.** Bei einer Übertragungsrate von 2400 bps werden ca. 240 Zeichen pro Sekunde übertragen. Zum Vergleich: Die Übertragungsrate eines analogen Modems beträgt in der Regel 56000 bps, eine ISDN-Verbindung schafft 64000 bps (128000 bps bei Kanalbündelung), eine DSL-Leitung bis zu 1,5 Millionen bps.
Browser	*Navigationssoftware*. Programm, das den Inhalt von Websites des WWW auf dem Bildschirm darstellt. Verbreitete B. sind Netscape Navigator und Microsoft Internet Explorer. – *Vgl. auch* Internet, Web-Browser-Technologie.
Call-Center-Technologie	1. *Begriff:* zusammenfassende Bezeichnung für die in einem Call Center eingesetzten Informations- und Kommunikationstechnologien. –

2. Die zum Betrieb eines Call Centers eingesetzte Technologie kann in drei Architekturschichten gegliedert werden: a) Die *erste Schicht* bilden die Arbeitsplatzrechner der Call-Center-Mitarbeiter, deren Softwareprogramme den unmittelbaren Kundenkontakt unterstützen und Kundenwünsche abwickeln. – b) Zur *zweiten Schicht* gehören Komponenten zur Synchronisation des Telefonverkehrs, der über die Telefonanlage in das Call-Center einläuft, sowie Komponenten zur automatischen Sprachaufzeichnung aller Kundengespräche (Voice Recording) und das elektronische Archiv. In der Regel wird dem Call-Center-Gespräch ein sogenannter „Sprachdialog" mit einem Computer vorgeschaltet (Interactive Voice Response, IVR). Eine Automatic Call Distribution (ACD) verteilt eingehende Telefonate der Kunden auf die Kundenberater nach Verfügbarkeit und vorgegebenen Selektionskriterien. Durch Computer Telephony Integration (CTI) werden die Telefonate mit dem Anwendungsprogramm der Kundenberater koordiniert und synchronisiert. So werden z.B. Telefonate vom Kundenberater durch Aktivieren entsprechender Icons (Bildsymbole) auf der Benutzeroberfläche des Anwendungssystems entgegengenommen, gegebenenfalls weitergeleitet und beendet, oder es wird nach der Identifikation des Kunden automatisch die Sprachaufzeichnung eingeschaltet. – c) In der *dritten Schicht* (i.d.R. auf einem Großrechner) befinden sich klassische Bankanwendungen wie Kontoführung, Wertpapierabwicklung, Controlling usw.

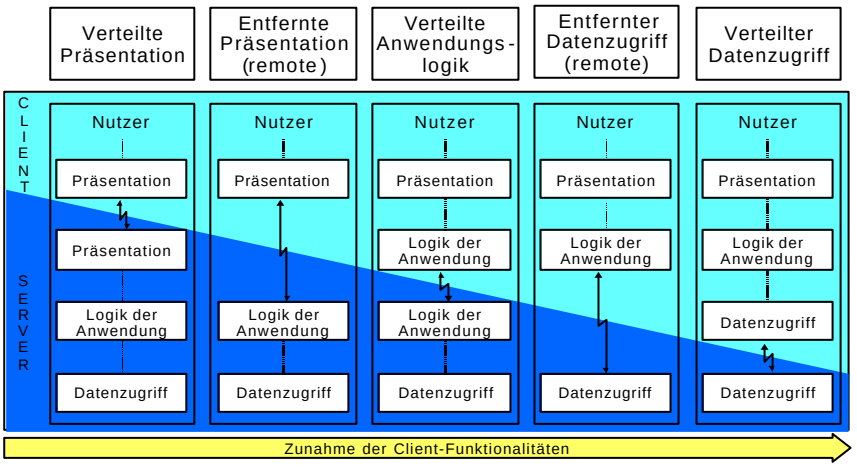
<u>Schichtenmodell eines Call-Centers</u>



Literatur:

WIENCKE, W./KOKE, D., Call-Center-Praxis: Den telefonischen Kundenservice erfolgreich organisieren, Stuttgart: Schäffer-Poeschel 1997; VISSER, V./DISTERER, G., IT-Struktur einer Direktbank, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 165-184

CASCADE	*Abk. für* Central Application for Settlement, Clearing, and Depository Expansion. C. ist ein Informationsverarbeitungssystem der Clearstream AG und dient als Abwicklungsplattform für Wertpapiergeschäfte. Es umfasst Auftragserteilung, Matching, Settlement-Dienste und Regulierung für Wertpapiere und Geld; es dient zur Abwicklung sowohl des börslichen als auch des außerbörslichen Geschäftes.
CCSD	*Abk. für* Cellular Circuit Switched Data. Verfahren zur Datenübertragung in Mobilfunknetzen. So kann z.B. der Notebook eines Vertriebsmitarbeiter vor Ort beim Kunden mit einem mobilfunktauglichen Modem und einem Handy drahtlos mit dem Bankrechner verbunden werden. – *Vgl. auch* Mobile Banking.
CGI	*Abk. für* Common Gateway Interface; am häufigsten verwendete Schnittstelle zur Integration von Applikationen; CGI ist praktisch in allen Web Servern vorhanden und ermöglicht es, zu verarbeitende Daten vom Web Server an Applikationen zu übergeben sowie die Ergebnisse der Verarbeitung über die Schnittstelle an den Web Server zurückzugeben.
Chip	*Halbleiterchip*, *Mikroprozessor*. Dünnes, nur wenige mm^2 großes Halbleiterplättchen, auf dem sich elektronische Schaltkreise zur Datenspeicherung/-verarbeitung befinden. C. finden u.a. auf Chipkarten Verwendung.
Chipkarte	Karte, die mit einem Chip ausgestattet ist. Um die Möglichkeiten von eurocheque-, Bankkunden- und Kreditkarten zu erweitern und sie noch besser gegen Missbrauch zu schützen, werden die Karten als C. ausgestattet. Der Chip kann die Richtigkeit der Persönlichen Identifikationsnummer (PIN) überprüfen. Außerdem liegt die Speicherfähigkeit von Chips bei weitem über der von herkömmlichen Magnetstreifen. So können neben den Kontodaten des Kunden zusätzliche Informationen wie Adresse, Telefonnummer, Daten über Lebens- und Rentenversicherungen usw. gespeichert werden. Mit C. können weit über 90 % aller Autorisierungsvorgänge direkt zwischen dem Terminal des Händlers oder Dienstleisters und der Karte erledigt werden und zwar mit erheblich höherer Sicherheit als bei reinen Magnetstreifenkarten. C. werden für einen Übergangszeitraum von einigen Jahren mit beiden Technologien, also Chip plus Magnetstreifen, ausgerüstet (Hybridkarten). Damit können sowohl die bereits installierten Magnetstreifenlesegeräte des Handels und der Kreditwirtschaft bedient werden als auch die allmähliche Umstellung auf die neue Technologie erfolgen. – *Vgl. auch* Electronic Cash, GeldKarte.
CIO	*Abk. für* Chief Information Officer. Für den Einsatz von Informationstechnologie verantwortliches Mitglied der Geschäftsleitung.

Clearing-Center	Einrichtung, die für ihre Kunden (Kreditinstitute) das Clearing von Zahlungsverkehrs- und/oder Wertpapiertransaktionen vornimmt. – *Einsatzbereiche:* 1. *Wertpapierbereich:* Abwicklung börslicher und außerbörslicher Handelsgeschäfte, Wertpapierverwaltung und Verwahrung (z.B. Clearstream AG). – 2. *Zahlungsverkehr:* Abwicklung des Zahlungsverkehrs (Überweisungen, Schecks, Karten etc.) zwischen mehreren Banken. – Ein vollautomatisches C.-C. wird als Automated Clearing House (ACH) bezeichnet.
Client	*Arbeitsplatzrechner*. Rechner, der von einem anderen Rechner (Server) Dienste anfordert (z.B. Druck-, Mail-, Fax-, Dateidienste). – *Vgl.* Client/Server-System.
Client/Server-System	Rechnernetzwerk, in dem zwei Arten funktional unterschiedlicher Rechner eingesetzt werden: Client- und Server-Rechner. Server sind Rechner, die Dienste bereitstellen (z.B. Druck- und Maildienste), während Clients diese Dienste nutzen. Ein C./S.-S. setzt im allgemeinen ein Multitasking/Multiuser-Betriebssystem voraus, in dem mehrere Prozesse gleichzeitig bearbeitet werden können. – Sind Client- und Server-Rechner in ihrer Rollenverteilung festgelegt (Client als Front End, Server als Back End), so spricht man von einer *hierarchischen Netzwerkstruktur*. Werden die Rollen dynamisch je nach Anwendungsfall neu festgelegt, spricht man von einem *Peer-to-Peer-Netzwerk*. – C./S.-S. existieren in unterschiedlichen Ausprägungen: Sofern auf dem Front-End-Gerät nur die Präsentationsfunktionen oder Teile davon gelagert sind, spricht man von einem Thin Client; Anwendungslogik und Daten liegen dann auf dem Server. Werden auf dem Client dagegen auch Anwendungsprogramme und Daten (oder Teile davon) gehalten, spricht man von einem Fat Client; der Server dient dann als reiner Daten-Server. Konzepte alternativer Client/Server-Strukturen  **Literatur:** STAHLKNECHT, P./HASENKAMP, U., Einführung in die Wirtschaftsinformatik, 10., überarb. u. aktual. Aufl., Heidelberg: Springer 2002

CLS	*Abk. für* Continuous Linked Settlement; Clearing-System für den internationalen Devisenhandel.
Codierung	1. Arbeitsphase der Softwareentwicklung, bei der der Programmablaufplan oder das Struktogramm in programmiersprachliche Anweisungen übertragen wird. – 2. Anbringen von Belegdaten auf Zahlungsverkehrsvordrucken in maschinell-lesbarer Schrift (OCR-Schrift), um mittels Belegleser die Weiterverarbeitung der Daten zu automatisieren. – Grundlage sind die Codierrichtlinien, eine Vereinbarung der Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft zur einheitlichen C. von Zahlungsverkehrsbelegen. Die Codierrichtlinien (seit 7.9.1998 in das Abkommen über den Einzug von Schecks [Scheckabkommen] übergeleitet) regeln unter anderem die Haftung bei fehlerhafter Codierung. Nach den Codierrichtlinien müssen Einzelzahlungsträger (Überweisungen, Lastschriften, Schecks), Summenbelege (Belege für eine Mehrzahl von Überweisungen, Lastschriften, Schecks) und Korrekturhüllen (Ersatzbelege für nicht maschinell bearbeitungsfähige Originalbelege) codiert werden. Die C. erfolgt in einer Codierzeile auf den Zahlungsverkehrsbelegen.
Cookies	Informationen, die ein Server dem Anwender i.d.R. unbemerkt auf der Festplatte (Client) hinterlegt. Da das klassische HTTP-Protokoll keine Informationen über vergangene Zugriffe bzw. schon übertragene Informationen enthält, werden sog. C. verwendet. Dabei handelt es sich um kleine Dateien (max. 4 Kilobyte), die von einem Server zum Client übertragen, dort abgespeichert und bei jedem erneuten Kontakt abgefragt werden. C. speichern Informationen über Verhaltensweisen des Anwenders, Gültigkeitsdauer des C., Angaben über den Server, der die C. gesetzt hat, sowie Zustandsinformationen (z.B. bei Datenbankabfragen). Der Server bekommt somit ein immer besseres Bild von dem Anwender (Benutzerprofil). Der Einsatz von C. erfolgt zur Verbesserung der Anwenderinteraktivität sowie zu Marketingzwecken. – *Vgl. auch* Client/Server-System, Internet.
CORBA	*Abk. für* Common Object Request Broker Architecture. C. ist ein Standard zur Entwicklung von verteilten und objektorientierten Anwendungsprogrammen. Diese Architektur definiert ein Rahmenwerk für verschiedene ORB-Implementationen (ORB = Object Request Broker), um gemeinsam ORB-Dienste und –Schnittstellen bereitzustellen und portable Clients und Server zu unterstützen. C. wird von der OMG (Object Management Group) propagiert, dagegen favorisiert Microsoft DCOM. – *Vgl. auch* Middleware.
CRM	*Abk. für* Customer Relationship Management.
CTI	*Abk. für* Computer Telephony Integration. – *Vgl.* Call-Center-Technologie.

Customer Relationship Management (CRM)	CRM ist der Oberbegriff für die aktive Gestaltung von Kundenbeziehungen mit dem Ziel der langfristigen Kundenbindung sowie einer adäquaten Kundenprofitabilität. Customer Relationship Management umfasst die Geschäftsprozesse Akquisition, Beratung/Verkauf und Services. CRM-Systeme sammeln und analysieren Informationen über das Kaufverhalten von Kunden oder z.B. das Anrufverhalten in einem Call Center. Dabei greift die CRM-Software auf die in einem Data Warehouse gespeicherten Daten zu und nutzt Verfahren des Data Mining. **Literatur:** MOORMANN, J./ ROßBACH, P. (HRSG.), Customer Relationship Management in der Bank, Frankfurt/M.: Bankakademie-Verlag 2001 RAPP, R., Customer Relationship Management, Frankfurt/M.: Campus 2000
Customizing	Anpassung von Standardsoftware an die spezifischen Bedürfnisse des Kunden (hier: Kreditinstitut).
Data Mining	Zusammenfassender Begriff für Verfahren, mit denen sich bisher unbekannte Strukturen und statistische Zusammenhänge (z.B. über Kundenbedürfnisse) in sehr großen Datenbeständen entdecken lassen. Aufgrund der Größe der Datenbestände ist ein erfolgreicher Einsatz von D.-M.-Verfahren nur durch Einsatz intelligenter Informationstechnologie möglich. Die gewonnenen Informationen werden anschließend so aufbereitet, dass sie als Grundlage für bankbetriebliche Kampagnen dienen können. **Literatur:** BERRY, M.J.A./LINOFF, G.S., Mastering Data Mining, New York: Wiley 2000
Data Warehouse	„Lagerhaus" für Daten. Konzept, bei dem unternehmensweite Datenbestände, die in unterschiedlichen Datenformaten dezentral vorliegen, themenorientiert in ein einheitliches Datenformat gebracht werden. Diese Daten stehen dann strukturiert und zentral zur Verfügung und können z.B. durch Verfahren des Data Mining analysiert werden. Bei einer abteilungs- oder prozessbezogenen Implementierung eines D.W. wird von einem Data Mart gesprochen. **Literatur:** BEHME, W./MUCKSCH, H. (Hrsg.), Das Data-Warehouse-Konzept, 4., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden: Gabler 2000; JUNG, R./WINTER, R., Data Warehousing: Nutzungsaspekte, Referenzarchitektur und Vorgehensmodell, in: Jung, R./ Winter, R. (Hrsg.), Data Warehousing Strategie: Erfahrungen, Methoden, Visionen, Berlin: Springer 2000, S. 3-20
Datenfernübertragung	*(DFÜ)*. Übertragung von Zahlungsverkehrsdaten über hierfür besonders geeignete Leitungen, z.B. im Inlandszahlungsverkehr über Datex-Dienste der Deutschen Telekom, im internationalen Zahlungsverkehr über S.W.I.F.T. DFÜ dient der Übertragung von Informationen über Strecken hinweg, die mit normalen Leitungskanälen nicht mehr zu schalten sind (z.B. DFÜ in einem verzweigten Filialnetz einer Bank,

	dessen Informationen in einer Zentrale zusammenlaufen).
Datenträgeraustausch	*(DTA)*. Vereinbarung der Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft und der Deutschen Bundesbank zur einheitlichen Verfahrensregelung für Kreditinstitute, Daten aus beleghaft eingereichten Kundenaufträgen in der entsprechenden Belegreihenfolge auf Magnetbänder/ Disketten zu übernehmen und Belege sowie Bänder/Disketten weiterzuleiten. – *Vgl.* Belegloser Datenaustausch.
Datenverarbeitung	(*DV*), *Elektronische Datenverarbeitung* (*EDV)*. Eingabe, Speicherung, Verarbeitung und Wiedergewinnung von Daten mit Hilfe von DV-Systemen. Diese umfassen Hard- und Software. Letztere wird in Systemsoftware (Betriebssystem, Middleware, Datenbanksystem) sowie Anwendungsprogramme unterschieden. Hardware und Systemsoftware werden zusammenfassend als Systemplattform bezeichnet. Während diese branchenneutral ist, sind die Anwendungsprogramme i.d.R. bankspezifisch. Die klassische D. beschränkte sich weitgehend auf die Verarbeitung von Transaktionsdaten, die moderne D. umfasst die elektronische Verarbeitung aller Arten von Informationen. – *Vgl. auch* Bankinformatik, Informationsverarbeitung. **Literatur:** STAHLKNECHT, P./HASENKAMP, U., Einführung in die Wirtschaftsinformatik, 10., überarb. u. aktual. Aufl., Heidelberg: Springer 2002
DFÜ	*Abk. für* Datenfernübertragung.
Digitale Signatur	*Digitale Unterschrift*. Elektronisch erzeugte Signatur eines Dokumentes, die Informationen über den Absender (z.B. einer E-Mail) enthält. Die eigenhändige Unterschrift auf einem konventionellen Dokument hat die grundsätzliche Funktion, die Authentizität nachzuweisen. Bei elektronischen Dokumenten kann dies durch die D.S. erreicht werden. Die D.S. kann mit Hilfe des RSA-Algorithmus wie folgt erzeugt werden: Der Signierende verfügt über ein zertifiziertes Schlüsselpaar, bestehend aus einem öffentlichen und einem dazu komplementären geheimen (privaten) Schlüssel, wobei der öffentliche Schlüssel den Kommunikationspartnern bekannt ist. Mittels einer Hash-Funktion (Algorithmus zur Datenverschlüsselung) wird aus dem elektronischen Dokument eine eindeutige Prüfsumme ermittelt. Die Prüfsumme und die zu übermittelnde Nachricht werden anschließend mit dem privaten Schlüssel des Absenders verschlüsselt, wobei die verschlüsselte Prüfsumme die eigentliche D.S. ist. Der Empfänger erhält das verschlüsselte Dokument, die D.S. und den zertifizierten öffentlichen Schlüssel und kann nun mit dem öffentlichen Schlüssel des Absenders sowohl die D.S. als auch die Nachricht entschlüsseln. Wendet nun der Empfänger seinen privaten Schlüssel auf das übermittelte, jetzt unverschlüsselte Dokument an und erhält dieselbe Prüfsumme, so ist Identität gegeben und das vorliegende Dokument authentisch. – Die Gleichwertigkeit der D.S. mit der eigenhändigen Unterschrift auf Papierdokumenten gilt nur bei Dokumenten, bei denen die gewillkürte Schriftform möglich ist. Die Beweiskraft D.S. ist eingeschränkt, wenn die gesetzliche Schriftform explizit vorge-

	schrieben ist. Die Gesetzlichkeit der D.S. wird mit dem Signaturgesetz (SigG) vorgeschrieben. D.S. anderer Länder werden in Deutschland nur dann der deutschen Signatur nach dem SigG gleichgesetzt, wenn im betreffenden Urheberland ein ähnliches Gesetz existiert und die technischen und gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden. – Die gesetzliche Grundlage für die D.S. bildet das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz (IuKDG).– *Vgl. auch* Kryptographie,Trust Center. **Literatur:** LENZ, J.-M./SCHMIDT, C., Die elektronische Signatur, Köln: Bank-Verlag 2001; GULBINS, J./SEYFRIED, M./STRACK-ZIMMERMANN, H., Dokumentenmanagement: Vom Imaging zum Business-Dokument, 2., überarb. und erw. Aufl., Berlin: Springer 1999
DSL	*Abk. für* Digital Subscriber Line. Technologie, mit der Daten über das Internet um das sechs- bis zehnfache schneller als herkömmliche ISDN-Telefonleitungen gesendet werden können. – *Vgl.* ADSL.
DSS	*Abk. für* Decision Support System. – *Vgl.* Entscheidungsunterstützungssystem.
DTA	*Abk. für* Datenträgeraustausch.
DV	*Abk. für* Datenverarbeitung.
EAF	*Abk. für* Euro Access Frankfurt (bis Ende 1998: Elektronische Abrechnung Frankfurt). Ein am Bankplatz Frankfurt angebotenes elektronisches Verfahren der Deutschen Bundesbank für den Großbetragszahlungsverkehr (Zahlungen unter Banken, d.h. überwiegend Zahlungen aus dem Geld- und Devisenhandel, Inlandskundenzahlungen und kommerzielle Zahlungen aus dem Korrespondenzbankgeschäft). Mit EAF-2 wurde 1996 das bestehende EAF, ein elektronisches Nettosystem zur Verrechnung von Zahlungen unter Banken, abgelöst. Ziel ist es, die in die EAF-2 eingelieferten Zahlungen möglichst liquiditätsschonend abzuwickeln, notfalls zu Lasten des Durchsatzes. Seit 2001 in RTGS^{plus} integriert. – *Vgl. auch* ELS.
EAI	*Abk. für* Enterprise Application Integration. EAI zielt darauf ab, interne Geschäftsanwendungen (ERP, CRM, e-Commerce-Server etc.) und die damit verbundenen Geschäftsprozesse zu einem integrierten System zu verbinden. EAI bildet damit den Ausgangspunkt für die unternehmensweite Verfügbarkeit von verschiedenen Datenquellen.
EBA	*Abk. für* Euro Banking Association (vorher: ECU Banking Association); ein Zusammenschluss von 130 Banken (EU, Australien, China, Japan, Norwegen, Schweiz und USA). Ursprünglicher Auftrag war die Entwicklung eines Zahlungssystems für den ECU. Heute betreibt die EBA Clearing Company – als eigenständige Einheit – das EBA Euro Clearing System (EURO1) für Großbetragszahlungen innerhalb Europas. Grenzüberschreitende Retail-Zahlungen in Euro werden mit dem System

	STEP1 (Straight Through Euro Processing) durchgeführt. – *Vgl. auch* STP. **Weitere Informationen:** WWW.ABE.ORG
ECN	*Abk. für* Electronic Communication Network. Bezeichnung für alternatives System für außerbörslichen Wertpapierhandel, der also nicht den Regelungen des Börsenrechtes unterliegt. Bisher war ECN in erster Linie für institutionelle Investoren zugänglich. Händler sind regelmäßig Wertpapierhandelsbanken oder andere Institute, die bei ihrer Kursstellung kaum gesetzlichen Bindungen unterliegen (§§ 11, 12 BörsenG).
EDD	*Abk. für* Electronic Direct Debit. – *Vgl.* Electronic Cash.
EDI	*Abk. für* Electronic Data Interchange. Bezeichnung für den elektronischen Datenaustausch zur Geschäftsabwicklung zwischen Unternehmen. Um eine unmittelbare Weiterverarbeitung der Daten zu gewährleisten, ohne dass die Daten vorher manuell bearbeitet werden müssen, sind Vereinbarungen zwischen den kommunizierenden Parteien erforderlich. Durch solche Vereinbarungen sind mehrere länder- und branchenspezifische Standards entstanden (z.B. ODETTE in der Automobilindustrie, SEDAS im Handel, S.W.I.F.T. in Banken). – *Vgl. auch* EDIFACT, S.W.I.F.T.-Standards.
EDIFACT	*Abk. für* Electronic Data Interchange for Administration, Commerce, and Transport. Von den Vereinten Nationen geschaffener Nachrichtenstandard mit einheitlichem Datenformat. E. soll als branchen- und länderübergreifender Standard den direkten Datenaustausch von Rechner zu Rechner ermöglichen, ohne dass eine weitere manuelle Nachbearbeitung notwendig ist. So können Zahlungen, Gutschriftsanzeigen usw. sowohl im Inlands- als auch im Auslandszahlungsverkehr automatisch zwischen Bank und Kunde bzw. zwischen Banken abgewickelt werden. Ziel ist eine durchgängig beleglose Kommunikation zwischen den Handelspartnern. **Literatur:** BÖSLER, B./EGNER, T.-C., Financial EDIFACT, Köln: Bank-Verlag 1998 **Weitere Informationen:** WWW.DEDIG.DE
EDV	*Abk. für* Elektronische Datenverarbeitung. – *Vgl.* Datenverarbeitung.
EFTPOS	*Abk. für Electronic Funds Transfer at the Point of Sale*. Elektronisches Zahlungsübertragungssystem (EFTPOS-Terminal) zur automatischen Erfassung von Daten bei Kartentransaktionen. Die Daten (Name des Karteninhabers, Kartennummer und Gültigkeitsdauer der Karte) werden elektronisch vom Chip/Magnetstreifen der Karte gelesen und an die Clearingstelle weitergeleitet.

EJB	*Abk. für* Enterprise JavaBeans. Java-Software-Komponenten von Sun Microsystems, die das Erstellen von verteilten Anwendungen erleichtert. Es steht damit in Konkurrenz zu CORBA, bietet jedoch nicht dessen Umfang an Funktion und Leistung.
Electronic Banking	Durchführung von Bankgeschäften mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung. Zum E.B. zählen Selbstbedienungsgeräte (Geldausgabeautomaten usw.), Electronic Cash (POS, POZ), Home Banking (Handy Banking, Internet Banking, Online Banking), Cash-Management-Systeme, Systeme der Kreditwürdigkeitsprüfung, belegloser Datenaustausch, Datenfernübertragung.
Electronic Bill Presentment and Payment (EBBP)	Digitale Übermittlung von Rechnungen und Online-Bearbeitung auf Empfängerseite. Ziel ist es, sowohl den Fakturierungs- und Bezahlprozess unter Kaufleuten (B2B) als auch zwischen Unternehmen und Endkunden (B2C) vollständig elektronisch abzubilden. EBPP ist damit ein Instrument zur Reduktion von Prozesskosten durch eine STP-Plattform.
Electronic Cash	1. *Begriff:* Von der deutschen Kreditwirtschaft geschaffenes Verfahren, bei dem die Kunden an automatisierten Kassen (E.-C.-Terminals) von Handels- und Dienstleistungsunternehmen bargeldlos Zahlungen zu Lasten ihres Kontos vornehmen können. Neben den eurocheque-Karten sind an E.-C.-Terminals auch Kundenkarten mit eingeschränkter Funktionalität (z.B. Bank-Cards der Volksbanken/ Raiffeisenbanken und S-Cards der Sparkassenorganisation) einsetzbar. Das E.-C.-System ist offen für andere Zahlungskarten, z.B. für Kreditkarten. 2. *Rechtliche Grundlagen und Organisation:* Die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft haben zum Aufbau und Betrieb des E.-C.-Systems ein Vertragswerk geschaffen, das drei Bestandteile umfasst: (1) eine Vereinbarung zwischen den Kreditinstituten über ein institutsübergreifendes System zur bargeldlosen Zahlung an automatisierten Kassen (E.-C.-System); (2) einen Vertrag über die Zulassung als Netzbetreiber im E.-C.-System der deutschen Kreditwirtschaft (Netzbetreiber-Vertrag); (3) Bedingungen für die Teilnahme am E.-C.-System der deutschen Kreditwirtschaft (Händlervertrag). Dieses gesamte Vertragswerk gilt für die vom deutschen Kreditgewerbe ausgegebenen ec-Karten und für andere Bankkarten. Die im Rahmen des E.-C.-Betriebs anfallenden Aufgaben sind auf die Kreditwirtschaft und die Netzbetreiber verteilt. Der Kreditwirtschaft obliegt die Überwachung des Gesamtsystems, die Autorisierung sowie die Abgabe eines Garantieversprechens gegenüber den Unternehmen, die bargeldlose Zahlungen mittels der Bankkarten entgegennehmen. Die Autorisierung der E.-C.-Umsätze erfolgt durch jeweils eigene Systeme der Bankengruppen (Bundesverband deutscher Banken, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Deutscher Sparkassen- und Giroverband und für die Postbank AG durch den Bundesverband öffentlicher Banken

	Deutschlands). 3. *Autorisierung:* Durch Eingabe seiner persönlichen Geheimzahl (PIN) in das E.-C.-Terminal veranlaßt der Karteninhaber die Autorisierungsanfrage, die mehrere Prüfungsvorgänge umfasst (Kontrolle der eingegebenen PIN, der Echtheit der Karte, einer möglichen Sperre, der Einhaltung des Verfügungsrahmens). Das E.-C.-System basiert grundsätzlich auf einer Online-Autorisierung („Autorisierung am Konto"). Hierbei werden die Daten nach Erfassung in der Händlereinheit und in der Kundeneinheit an das Autorisierungssystem übermittelt. Die Antwort "Zahlung erfolgt" erscheint im Display. Bei Offline-Autorisierung findet ein Dialog zwischen dem Chip in der Bankkarte und dem E.-C.-Terminal statt. Geprüft werden der Verfügungsbetrag des Kunden, die Anzahl der Tagestransaktionen und das Datum der letzten E.-C.-Verfügung. Verläuft die Prüfung (bestimmter, von der Bonität des Kunden abhängiger Richtwerte) positiv, wird offline autorisiert. Der Verkäufer zieht seine Forderungen aus den E.-C.-Umsätzen beleglos (per Datenfernübertragung oder Datenträgeraustausch) über sein Kreditinstitut ein und erhält den Gesamtbetrag gutgeschrieben. Das Kreditinstitut wiederum zieht die einzelnen Forderungsbeträge bei seinen Kunden ein. 4. *Teilnehmer:* Die Netzbetreiber haben die Verbindung zu den am Zahlungssystem teilnehmenden Unternehmen durch Bereitstellung eines E.-C.-Terminalnetzes herzustellen. Nach Zulassung kann jeder Interessent Netzbetreiber werden. Betreiber können Handels- und Dienstleistungsunternehmen selbst, Kreditinstitute, Rechenzentren oder sonstige Dritte sein. Die Aufgabe eines Betreibers besteht darin, ein funktionsfähiges und sicheres Netz aufzubauen und zu betreiben, das die Verbindung zwischen den E.-C.-Terminals und der Schnittstelle zu den Autorisierungssystemen der Bankengruppen herstellt. 5. *Teilnahmebedingungen:* Die Bedingungen, die Handels- und Dienstleistungsunternehmen für die Teilnahme am E.-C.-System anzuerkennen haben (Händlervertrag), regeln die Berechtigung zur Teilnahme an diesem Zahlungssystem, die Entrichtung von Entgelten an die Kreditinstitute, die Sicherheit und den ordnungsmäßigen Ablauf des E.-C.-Systems. Der Einzug der E.-C.-Umsätze erfolgt aufgrund gesonderter Vereinbarungen zwischen den Unternehmen und dem jeweiligen Kreditinstitut und ist nicht Gegenstand des Händlervertrags. – Die Vertragsbeziehungen zwischen Kreditinstitut und Kunden sind in den Sonderbedingungen für die Bankkarten der jeweiligen Bankengruppe geregelt. Nach Anerkennung der Sonderbedingungen für den eurocheque-Service stellt das Kreditinstitut dem Karteninhaber für Bezahlungen an E.-C.-Terminals einen Verfügungsrahmen bereit, den es ihm bekanntgibt. Dieser Verfügungsrahmen bezieht auch Abhebungen an Geldausgabeautomaten ein. 6. *Varianten:* a) *Bezahlen mit Persönlicher Identifikationsnummer (PIN)*, wobei das jeweilige Kreditinstitut die Zahlung garantiert: Die Transaktionen sind über die Eingabe der PIN abgesichert und wer-

	den online an die Autorisierungszentrale der Kreditinstitute weitergeleitet. Die elektronischen Umsätze werden dann dezentral zwischen dem Händler und seiner Hausbank verrechnet (POS-Verfahren, ursprünglich vorgesehene Alleinlösung). – b) *Elektronisches Lastschriftverfahren (ELV):* Unternehmen, die dieses Verfahren nutzen, führen die Karte durch hauseigene EFTPOS-Terminals und lassen den Kunden den ausgedruckten Beleg unterschreiben. Anschließend wird die Unterschrift mit der auf der Karte verglichen. Eine Autorisierung oder Online-Abfrage einer Sperrdatei bei der Kreditwirtschaft unterbleibt. Nachteil aus der Sicht des Handels: Die Zahlung wird von den Banken nicht garantiert (POZ-Verfahren). – c) *Online-Lastschriftverfahren (OLV):* Hier unterschreibt der Kunde ebenfalls den ausgedruckten Beleg. Zusätzlich greift der Händler online auf eine Negativdatei der Kreditwirtschaft zurück. Allerdings geben die Kreditinstitute auch hier keine Garantie für die tatsächliche Zahlung ab. – d) *Elektronische Lastschrift (Electronic Direct Debit, EDD)*: EDD ist ein Zahlungsverkehrsverfahren für das Internet, bei dem der Käufer mittels digitaler Signatur online der Abbuchung des Rechnungsbetrags von seinem Konto zustimmt. Zur Authentifizierung wird ein Zertifikat benötigt. **Literatur:** KETTERER, K.-H./STROBORN, K. (HRSG.), Handbuch ePayment, Köln: Dt. Wirtschaftsdienst 2002
Electronic Commerce	*Elektronischer Handel, E-Commerce*. Geschäftsanbahnung und Geschäftsabwicklung über elektronische Medien. An die Stelle des klassischen Point of Sale (POS), an dem Käufer und Verkäufer physisch präsent sind, treten Kommunikationsnetze, wie z.B. das Internet, in denen sich beide Handelspartner „virtuell“ gegenüberstehen. E. C. ermöglicht, über elektronische Medien Güter, Dienstleistungen und Informationen anzubieten, zu bestellen und zu bezahlen, wobei die Lieferung der Ware je nach Beschaffenheit über das Internet (z.B. bei Software) oder über traditionelle Versandstrukturen erfolgen kann. Die Sicherheit des Zahlungsverkehrs spielt dabei eine große Rolle. – *Vgl. auch* Internet Banking, Kryptographie, Shopping Mall.
Elektronische Datenverarbeitung	*(EDV)*. – *Vgl.* Datenverarbeitung.
Elektronische Geldbörse	*Electronic Purse*, *GeldKarte*. In Soft- oder Hardware (z.B. auf einer Chipkarte) realisiertes Speichermedium für elektronisches Geld mit zusätzlichen Verwaltungsfunktionen.
Elektronischer Marktplatz	Medium, das den Teilnehmern (B2B bzw. B2C) ortsunabhängig marktliche Transaktionen ermöglicht und sie in allen Transaktionsphasen mit von ihnen benötigten Funktionen unterstützt. Damit umfasst ein E.M. explizit das Abschließen von Konsum- und Investitionsgeschäften.

Elektronische Unterschrift	*Vgl.* Digitale Signatur.
Elektronischer Zahlungsverkehr	Verfahren, bei denen bargeldlose Zahlungen auf elektronischen Medien im Wege des beleglosen Datenaustauschs oder im Wege der Datenfernübertragung (DFÜ) weitergeleitet werden. E.Z. findet zwischen Kunden der Kreditinstitute sowie zwischen Kreditinstituten und der Deutschen Bundesbank statt. Der Einsatz von Zahlungskarten bewirkt ebenfalls E.Z. **Literatur:** KETTERER, K.-H./STROBORN, K. (HRSG.), Handbuch ePayment, Köln: Dt. Wirtschaftsdienst 2002
Elektronisches Geld	*E-Money, Electronic Money*. Unter E.G. wird ein monetärer Wert verstanden, der gemessen in Währungseinheiten in elektronischer Form auf einem elektronischen Medium (z.B. auf einer Smart Card oder einem PC) im Besitz des Kunden gespeichert ist. – Es wird zwischen Karten- und Netzgeld unterschieden. Mit Kartengeld werden i.d.R. Präsenzzahlungen geleistet und so Bargeld ersetzt. Beim Netzgeld überwiegt die Abwicklung von Fernzahlungen (meist über das Internet), wobei hier eher Buchgeld ersetzt wird. – *Vgl. auch* Electronic Cash.
ELS	*Abk. für* Elektronischer Schalter. Der ELS ist ein elektronisches Zugangsmedium zum System RTGS^{plus} der Deutschen Bundesbank. Hier können Überweisungsaufträge (Großbetragszahlungen) mittels Datenfernübertragung oder Datenträgeraustausch von den teilnehmenden Banken eingereicht und weiterverarbeitet werden. So wird eine durchgängig elektronische Weiterleitung der Zahlungen von der Auftrags- zur Empfängerbank gewährleistet. Ziel des ELS ist die sofortige Ausführung und frühe Endgültigkeit der Zahlungen. – *Vgl. auch* EAF, RTGS^{plus}. **Literatur:** HARTMANN, W., Die Abwicklung des Eurozahlungsverkehrs, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 539-558
ELV	*Abk. für* Elektronisches Lastschriftverfahren. – *Vgl.* Electronic Cash.
EMV	Akronym für Europay International, Mastercard und VISA. Gemeinsame Initiative, für Chipkarten und Terminals eine einheitliche technische Plattform zu schaffen. Bis 2005 sollen alle Bankkarten einen EMV-Chip tragen und alle Terminals (Geldautomaten und POS) EMV-Karten verarbeiten können.
Entity-Relationship-Modell	(ERM). Beschreibungsverfahren (Entwurfsprache) für Datenstrukturen. Die Elemente des Modells sind Entities, Beziehungen und Attribute. *Entities:* reale oder abstrakte Dinge, die für ein Unternehmen von Interesse sind (z.B. Kunde, Adresse); bei Mengenbetrachtung Entitytypen

	genannt. *Beziehungen:* logische Verknüpfung zwischen Entitytypen, z.B. Wohnen (für die Entitytypen Kunden und Adressen); möglich sind 1:n, m:n, m:1 und 1:1-Beziehungen. *Attribute (bzw. Domänen):* Eigenschaften von Entities oder Beziehungen (z.B. Kundennummer).
Entscheidungsunterstützungssystem	Spezifisches interaktives System, das den Entscheidungsträger direkt bei der Lösung schlecht-strukturierter Problemsituationen (z.B. im Marketing, in der strategischen Planung) unterstützt. Zur Entwicklung von Modellen werden sog. DSS-Generatoren (Entwicklungswerkzeuge) eingesetzt. Klassisch bestehen E. aus den Komponenten Dialog-, Modell- und Datenmanagement. Neuere E. enthalten auch eine Wissenskomponente. **Literatur:** ARANSON, J.E./TURBAN, E., Decision Support Systems and Intelligent Systems, Englewood Cliffs/NJ: Prentice-Hall International 2001
ERP	*Abk. für* Enterprise Resource Planning; Bezeichnung für die Integration betriebswirtschaftlicher Kernsysteme eines Unternehmens; Module in einer Bank sind u.a.: (1) Controlling, (2) Vertrieb, (3) Geschäftspartnerverwaltung, (4) Abwicklungs- und Buchungssysteme (Kredit, Wertpapier, Zahlungsverkehr etc.), (5) Projektmanagement, (6) Personalwirtschaft.
Ethernet	Von den Firmen INTEL, DEC und Xerox entwickelter Netzwerktyp für lokale Netzwerke (LAN). Durch die zunehmende Vernetzung von IT-Systemen zieht E. nun auch in sogenannte Weitverkehrsnetze (WAN) ein. Lokale, regionale und globale Netzwerke sollen durch weiterentwickelte E.-Breitband-Dienste miteinander verknüpft werden: „Fast Ethernet“ (100 Megabit pro Sekunde, 10-fache Übertragungsrate herkömmlicher Ethernet-Verbindung) und „Gigabit-Ethernet“ (1000 Megabit pro Sekunde).
Expertensystem	E. sind Verfahren der Künstlichen Intelligenz, mit denen der Prozess der Entscheidungsfindung bei menschlichen Experten auf Computersystemen nachgebildet wird. E. benötigen Vorwissen in Form von allgemeingültigen Regeln, die theoretisch oder aus statistisch beobachteten Tatsachen abgeleitet werden können. E. finden z.B. bei der Bonitätsbeurteilung und in der Anlageberatung Verwendung. **Literatur:** ARANSON, J.E./TURBAN, E., Decision Support Systems and Intelligent Systems, Englewood Cliffs/NJ: Prentice-Hall International: 2001
Extranet	Auf Internet-Technologie basierendes unternehmensinternes Netzwerk, das auch ausgewählte externe Partner mit einschließt; z.B. ein internes System für die Investmentfondsberatung, das von einer Kapitalanlagegesellschaft den angeschlossenen Banken zur Verfügung gestellt wird. – *Vgl. auch* Internet, Intranet.

Firewall	Hardware/Software-System, das unbefugte Zugriffe auf ein Computerteilnetzwerk (z.B. Unternehmensnetzwerk) aus einem umgebenden Verbundnetzwerk (z.B. Internet) verhindern soll. F. sind derzeit eine der verbreitetsten Alternativen der Zugriffskontrolle. Meist geschieht die Installation mittels der Implementierung auf einem Router. Eine F. sichert das Netzwerk im Wesentlichen durch zwei Strategien: 1. Eine auf Netzwerkebene arbeitende Paketfilterung blockiert unerwünschte, in den Richtlinien der F. vordefinierte Daten (z.B. wird durch Überprüfung der IP-Adresse der Zugriff nur bekannten, vertrauenswürdigen Teilnehmern gewährt). 2. Durch ein Application Gateway wird eine Direktverbindung zwischen dem Internet und einem internen Netzwerk verhindert. Stattdessen dient das Gateway als Mittler zwischen beiden Netzwerken.
Front-Office-System	IT-System zur Unterstützung der Kundenberatung und zur Geschäftserfassung. Zu den F.-O.-S. zählen Anwendungen im Bereich des Electronic Banking, Systeme zur Beratungsunterstützung (Berechnungsmodelle, Anlageempfehlungen etc.) und Kundeninformationssysteme („elektronische Kundenakte“). Im Bereich des Investment Banking zählen Handelssysteme zum Front-Office-Bereich.
GAA	*Abk. für* Geldausgabeautomat. Um GAA benutzen zu können, muss der Kunde eine Kreditinstitutes eine eurocheque-Karte mit einer persönlichen Geheimnummer (PIN) erhalten haben. Er muss die Bedingungen für den ec-Service anerkennen. Zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Kreditwirtschaft ist eine „Vereinbarung über das deutsche ec-Geldautomatensystem“ getroffen worden, so dass es den Inhabern von ec-Karten möglich ist, GAA institutsübergreifend zu nutzen (GAA-Pool). Kreditinstitute geben darüber hinaus institutseigene Karten (Kundenkarten von Kreditinstituten) aus, d.h. für Kunden, die keine ec-Karte besitzen, und für jugendliche Kontoinhaber unter 18 Jahren, z.B. S-Card, Bank-Card online. Damit werden diesen Kunden Abhebungen an GAA des eigenen Bereiches institutsübergreifend ermöglicht. Im Inland dürfen vom automaten-betreibenden Kreditinstitut festgelegte Höchstzahlungsbeträge je Abhebung 600 € nicht überschreiten. Im Ausland sind Verfügungen an ec-GAA bis zur Höhe des in dem jeweiligen Land geltenden ec-Garantiehöchstbetrages möglich.
GAA-Pool	Geldausgabeautomatensystem, in dem die deutschen Kreditinstitute miteinander verbunden sind. Grundlage ist eine Vereinbarung für das institutsübergreifende Geldausgabeautomatensystem, die die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft getroffen haben. Der deutsche GAA-Pool ist in ein europäisches grenzüberschreitendes GAA-System eingebunden. Die der Vereinbarung angeschlossenen Institute sind berechtigt, an ihre Kunden eurocheque-Karten mit Chip und/oder Magnetstreifen auszugeben, die eine Benutzung der institutsübergreifenden Geldausgabeautomaten ermöglichen. Daher lassen die dem deutschen GAA-Pool angeschlossenen Institute an ihren Geldausgabeautomaten

	Verfügungen mittels eurocheque-Karten zu, die von ausländischen Emittenten ausgegeben werden und zur Benutzung von Geldausgabeautomaten zugelassen sind.
Gateway	System, das die Kommunikation zwischen normalerweise inkompatiblen Netzwerken oder Applikationen ermöglicht. G. sorgen sowohl für eine physische Verbindung von TCP/IP-Netzwerken, als auch für die Übersetzung von Protokollen. G. gibt es z.B. zwischen Internet-Anbietern und dem Internet selbst. – *Vgl. auch* CGI, Router.
GeldKarte	Bezeichnung der deutschen Kreditwirtschaft für die von ihr entwickelte elektronische Geldbörse. Die G. ist eine mit einem speziellen Chip ausgestattete Karte (eurocheque-Karte, Bankkundenkarte). An einem dafür vorgesehenen Terminal kann der Kunde die G. mit bis zu 200 € aufladen und anschließend an einem Electronic-Cash-Terminal darüber verfügen. Eine Autorisierungsanfrage des Händlers ist nicht mehr erforderlich. Die G. ist als Ergänzung zum jetzigen Kartenangebot gedacht, vor allem hinsichtlich der Bezahlung von Kleinstbeträgen (Micro Payments). Pro Transaktion sind z.Zt. 0,3 Prozent des Umsatzes bzw. mind. 0,02 DM durch den Händler zu entrichten. Bei der G. handelt es sich um ein Offline-Zahlungsmittel, d.h. sie kann für Zahlungen verwendet werden, ohne dass eine Online-Verbindung zur Bank benötigt wird. Ziel ist es, die Geldkarte zu einer europäischen bzw. weltweit einsetzbaren elektronischen Geldbörse zu entwickeln (als Kontrapunkt zum MasterCard/Mondex-Projekt). – *Vgl auch* GeldKarten-System.
GeldKarten-System	Verfahren zur elektronischen Zahlung geringer Zahlungsbeträge mittels GeldKarte, das von der deutschen Kreditwirtschaft entwickelt wurde. Es beschreibt sowohl aus technischer als auch aus organisatorischer Sicht den Ablauf und die Abwicklung von GeldKartenzahlungen beim Akzeptanten (Händler) von GeldKarten. Die technische Komponente spezifiziert die an dem G.-S. zugelassenen GeldKarten und Terminals. Die organisatorische Komponente beschreibt die Verarbeitung der Zahlungsbeiträge bei den am System beteiligten Partnern.
GPRS	*Abk. für* General Packet Radio Service. Im Gegensatz zur HSCSD-Technik verwendet GPRS mehrere Funkzeitschlitze gleichzeitig und erreicht so schnellere Übertragungsgeschwindigkeiten. GPRS basiert auf der Vermittlung einzelner Datenpakete und sendet nicht auf einem kontinuierlichen Datenstrom. Die Einführung von GPRS stellt den ersten direkten Schritt zu UMTS dar. GPRS arbeitet schon paketorientiert wie UMTS, während HSCSD verbindungsorientiert arbeitet. Abgerechnet wird nach Datenmenge und nicht nach Zeit.
Groupware	Software zur Unterstützung von Arbeitsgruppen oder Projektteams. Im Gegensatz zur individuellen Informationsverarbeitung (IDV) steht bei G. die Zusammenarbeit im Vordergrund und soll zur Computer Supported Cooperative Work (CSCW) führen. Die Anwendungsbereiche sind aus-

	serordentlich vielfältig. G. kann z.B. zur Realisierung von Group Decision Support Systems (GDSS) eingesetzt werden, Videokonferenzen unterstützen, Screen-Sharing und Spontaninteraktion durch Nachrichtenaustausch im Rechnernetz umfassen. Die Verwendung von G. eignet sich bei schwach-strukturierten Geschäftsprozessen oder Aktivitäten („Ad-hoc-Workflows"), beispielsweise im Marketing, in der Organisation usw. Verbreitet ist das Produkt Lotus Notes (IBM).
GSM	*Abk. für* Global System for Mobile Communications; internationaler Standard für den digitalen Mobilfunk. Da GSM vorwiegend zur Sprachübertragung konzipiert wurde, ist die Übertragung von größeren Datenmengen selbst mit HSCSD und GPRS sehr eingeschränkt. Wird von UMTS abgelöst.
GUI	*Abk. für* Graphical User Interface. Grafisch (durch Icons, Fenster u.ä.) unterstützte Benutzeroberfläche von Informationsverarbeitungssystemen. Die GUI ermöglicht eine direkte Manipulation der dargestellten Objekte mittels eines Eingabegerätes (z.B. Maus). Die Gestaltung von Benutzerschnittstellen ist jeweils plattformspezifisch und wird in sog. „Style Guides" festgelegt. Damit wird eine einheitliche grafische Darstellung der Icons, Buttons usw. sichergestellt. Grafische Benutzerschnittstellen finden bei allen modernen IV-Systemen Anwendung.
Handy Banking	– *Vgl.* Mobile Banking.
HBCI	*Abk. für* Home Banking Computer Interface. Gemeinsamer Standard der deutschen Kreditinstitute zur Abwicklung des Home Banking. HBCI vereinheitlicht die Schnittstellen zwischen Bankrechnern und privaten PCs sowie zwischen PCs und Sicherheitsmedien (z.B. Chipkarte und PIN oder Private Key und PIN). – *Vgl. auch* Kryptographie, OFX. **Literatur:** KREBS, T./THIEL, C., Sicherheit in der elektronischen Geschäftsabwicklung, in: MOORMANN, J./FISCHER T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 147-164
Home Banking	Mittels Telefon (Telefon Banking) oder PC mit Modem (Online Banking) können Kunden von zu Hause aus ihre Bankgeschäfte erledigen. *1. Telefon Banking:* Der Kunde gibt seine Wünsche telefonisch an seine Bank weiter. Dafür haben die Institute vielfach Call Center eingerichtet. – *Vgl. auch* Call-Center-Technologie, Mobile Banking. 2. *Online Banking:* Hier ist es dem Kunden möglich, ein Konto online zu verwalten. Dieses kann sowohl über proprietäre Netze (z.B. AOL, T-Online) als auch über das Internet erfolgen. Es können Kontoinformationen abgerufen, Überweisungsaufträge erteilt, Aktien ge- bzw. verkauft werden usw. Da sich der Kunde beim Online Banking nicht persönlich durch seine Unterschrift legitimieren kann, werden hier andere Sicherungsverfahren verwendet. So benötigt man bei T-Online neben der Kontonummer ein persönliches Kennwort, eine PIN (Persönliche Identifika-

	tionsnummer) sowie eine TAN (Transaktionsnummer), um erfolgreich Bankgeschäfte zu tätigen. Andere Verfahren basieren auf dem HBCI-Standard. Dazu stellen Kreditinstitute ihren Kunden entweder Software auf einer Diskette oder eine Chipkarte und Kartenlesegerät bereit. – *Vgl. auch* Internet, Kryptographie.
Host	*Wirt, Gastgeber*. I.d.R. wird der bankeigene Großrechner als H. bezeichnet. In einem Client/Server-System bezeichnet H. denjenigen Computer, mit dem der eigene Computer verbunden ist (und der so zum „Gastgeber" für den eigenen Rechner wird). – *Vgl. auch* Mainframe.
HSCSD	*Abk. für* High Speed Circuit Switched Data; neuerer Standard der Datenübertragung im GSM-System. Durch Bündelung von bis zu vier Funkkanälen ist es möglich, Datenübertragungsraten zu erzielen, die fast an die Geschwindigkeit des ISDN reichen. Anders als bei GPRS wird eine konstante Übertragungsrate bereitgestellt.
HTML	*Abk. für* Hypertext Markup Language. Dokumentenbeschreibungssprache des Internet, mit der man den Text mit zusätzlichen Informationen (z.B. Textformatierungen, Verweise auf andere Stellen der Website oder andere Adressen im WWW) anreichern und verknüpfen kann. Beim Aufruf der Website werden der Text und die HTML-Steuerzeichen an den Browser geschickt, dort analysiert und die HTML-Befehle in Textformatierungen umgesetzt. – *Vgl. auch* Internet.
HTTP	*Abk. für* Hypertext Transfer Protocol. Bezeichnung für das Anwendungsprotokoll im Internet zur Übertragung von HTML-Daten. Das HTTP-Protokoll ist die oberste mehrerer Schichten von Protokollen zur Internet-Verwaltung. – *Vgl. auch* TCP/IP.
Hub	*Schaltstelle*. An einen H. können sternförmig LAN-Stationen zentral angeschlossen werden, ohne dass der Netzwerkbetrieb unterbrochen werden muss. H.-Systeme unterstützen meist verschiedene Übertragungsmedien (Twisted-Pair-Kabel, Lichtwellenleiter etc.) und sind modular aufgebaut. Beim H. wird (im Gegensatz zum Switch) die verfügbare Netzwerkbandbreite zwischen den einzelnen angeschlossenen LAN-Stationen aufgeteilt.
IEEE	*Abk. für* Institute of Electric and Electronic Engineers. 1963 gegründeter Verband amerikanischer Elektrik- und Elektronik-Ingenieure zur Festlegung von Normen im Netzwerkbereich, der auch in Deutschland vertreten ist. **Weitere Informationen:** WWW.IEEE.ORG

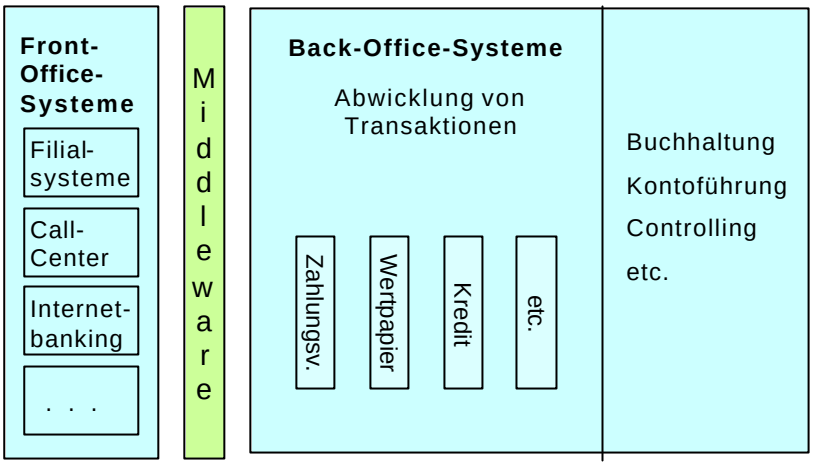
i-Mode	Ein 1999 in Japan vom Telekommunikationsunternehmen NTT Docomo entwickelter und sehr schnell verbreiteter Standard, mit dem Internet-Inhalte auf (i-Mode-)Handys dargestellt werden können. – *Vgl. auch* WAP.
Informationstechnologie	*(IT)*. Der Begriff I. fasst die den Informationssystemen zugrundeliegenden Informations- und Kommunikationstechnologien zusammen. Mit I. wird die Gesamtheit von Hardware, Software und Kommunikationstechnik einschließlich der Verfahren zur Systemplanung und -entwicklung bezeichnet. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
Informationsverarbeitung	*(IV)*. Der Begriff I. bezeichnet den Prozess, in dem Informationen erfasst, gespeichert, übertragen und transformiert werden. Die I. schließt neben der Datenverarbeitung auch andere Formen ein wie z.B. die Wissensverarbeitung. Die I. erfolgt in Informationssystemen. Darunter werden sowohl Systeme verstanden, die auf Informatikkomponenten basieren als auch nichtinformatikgestützte Informationssysteme. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
Internet	Dezentraler Rechnerverbund, der 1982 durch den Zusammenschluss des überwiegend militärisch/wissenschaftlich genutzten Arpanet mit anderen Regierungsnetzen entstanden ist. Das I. besteht aus verschiedenen Informationsdiensten, von denen der bekannteste das World Wide Web (WWW) ist. Dieses basiert auf der Client/Server-Architektur. In dieser nach dem Anforderungs/Antwort-Prinzip organisierten Kommunikation ruft der Client - in diesem Umfeld Browser genannt – Dokumente von einem Server ab. Die Kommunikation zwischen beiden läuft nach festen Regeln (Protokollen*, – vgl. auch* TCP/IP) ab: Der Server stellt die angeforderten Dokumente zur Verfügung, der Client (Browser) sorgt dann für eine Darstellung auf dem lokalen Rechner. Damit dieses Prinzip funktionieren kann, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: a) ein eindeutiges *Namensschema* zur weltweiten Identifikation und Referenzierung der Dokumente. Die Namen werden durch sogenannte URLs (Uniform Resource Locator) dargestellt. Sie haben folgende Struktur: Zugriffsmethode://Rechnername[:Port]/Pfad/Dateiname; b) ein eindeutiges *Regelwerk* zum Versenden und Empfangen von Dokumenten (Zugriffsmethode). Hierzu wird insbesondere HTTP (Hypertext Transfer Protocol) genutzt; c) eine *Sprache* zur strukturellen Beschreibung der zu versendenden Dokumente. Mit Hilfe von HTML (Hypertext Markup Language) werden Dokumente und Daten über die engen Grenzen spezieller Rechnerplattformen und spezifischer Software hinweg austauschbar gemacht. Darüber hinaus erlaubt HTML, unterschiedliche Dokumente mit Hilfe sog. Links zu verknüpfen. Links sind in die Dokumente eingebettete Verweise auf andere Dokumente, Tabellen, Grafiken, Video- oder Audio-Dateien, die durch Mausklick aktiviert werden können. Dadurch wird das WWW zu einem globalen Hypertextsystem. Der Erfolg der I.-Technologie ist begründet im einheitlichen Datenformat: Das Netz ist für andere Teilnehmer offen und jederzeit

	erweiterbar. Die Teilnetze sind über interkontinentale Backbones miteinander verbunden.
Internet Banking	Auf der Internet-Technologie basierendes Konzept zur Durchführung von Bankgeschäften. Der Entwicklungsprozess des I.-B. vollzieht sich in mehreren Stufen: 1. Informationsangebot im Internet (z.B. Darstellung der Bank und der Produktpalette), 2. Durchführung von Standardtransaktionen (Überweisungen, Wertpapierkäufe/-verkäufe), 3. Erweiterung des Angebotes durch anspruchsvollere Bankgeschäfte (individualisierte Informationen und Produktangebote, Aktienemission im Internet, Etablierung einer elektronischen Shopping Mall etc.). – *Vgl. auch* TCP/IP. **Literatur:** LANGE, T. A. (Hrsg.), Internet-Banking. Der Bankvertrieb im Umbruch, Wiesbaden: Gabler 1998
Internet-Zahlungsverfahren	Strukturen zur Durchführung von Zahlungen im Internet. **Literatur:** WITTENBERG, J. H., Zahlungssysteme im Internet, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 125-146
Intranet	Unternehmensinternes, geschlossenes Kommunikationsnetzwerk, das auf der Internet-Technologie basiert und - abgekoppelt von der Öffentlichkeit - Softwareanwendungen zur Verfügung stellt. Merkmale von I. sind zentrale Haltung der unternehmensrelevanten Daten, zentrale Administration, grafische Oberflächen durch Browser und Internet-Fähigkeit. – *Vgl. auch* Extranet.
ISDN	*Abk. für* Integriertes Service- und Datennetz, *Integrated Services Digital Network*. Öffentliches Wählnetz, das als Teilkomponenten Telex-, Teletext-, Datexdienste und Direktrufnetze umfasst. Das Datex-L-Netz dient der *leitungsvermittelten* Datenfernübertragung über das Datex-Netz. Es eignet sich besonders für den Dialogverkehr, z.B. für den Buchungsverkehr der Kreditinstitute. Das Datex-P-Netz ist vor allem für die *paketvermittelte* Übertragung großer Datenmengen konzipiert. Mit ISDN lassen sich bis zu 144 Kilobit/s übertragen. – *Vgl. auch* ADSL.
ISIN	*Abk. für* International Standard Identification Number; international anerkannte Wertpapierkennziffer. Die zwölfstellige ISIN löst die nationalen (in Deutschland sechsstelligen) Wertpapierkennnummern (WKN) ab.
ISP	*Abk. für* Internet Service Provider. Ein ISP bietet Unternehmen und Privatanwendern den Zugang zum Internet und die Nutzung aller damit verbundenen Angebote wie z.B. E-Mail und das WWW.
IT	*Abk. für* Informationstechnologie.

IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste. Umgangssprachlich auch als "Multimediagesetz" bezeichnet. Es befasst sich u.a. mit folgenden Themen: a) Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz, TDG) und b) Gesetz über den Datenschutz bei Telediensten (Teledienstedatenschutzgesetz, TDDSG).
IV	*Abk. für* Informationsverarbeitung.
IVR	*Abk. für* Interactive Voice Response. Mittels IVR kann ein Kunde per Sprachsteuerung oder Tonwahl-Telefon selbstständig Informationen wie z.B. den Kontostand abrufen. IVR wird oft zur Vorselektion von Anrufern eingesetzt, indem die ermittelten Daten des Kunden an einen Call-Center-Mitarbeiter weitergegeben werden. Call-Center-Mitarbeitern bleibt somit mehr Zeit für Beratungsgespräche.
J2EE	*Abk. für* Java 2 Platform, Enterprise Edition (Sun Microsystems). Eine J2EE-Applikation läuft unabhängig vom jeweiligen Applikationsserver-Produkt. Die Vorteile der J2EE-Architektur werden zur einheitlichen Abbildung der Geschäftsprozesse für alle Vertriebskanäle genutzt.
Java	Von Sun Microsystems für das Internet entwickelte, relativ einfache, objektorientierte, portable und sichere Programmiersprache, die C++ stark ähnelt. J.-Programme können auf jeder Systemplattform (d.h. Hardware und Systemsoftware) ausgeführt werden, die eine J.-Laufzeitumgebung bereitstellt. So besitzen beispielsweise Java-fähige Browser einen integrierten Java-Interpreter (Java Virtual Machine, JVM), der es ihnen ermöglicht, unabhängig vom verwendeten Betriebssystem J.-Applets (kleine Programme) direkt auszuführen.
JECF	*Abk. für* Java Electronic Commerce Framework. Das JECF ist ein in der Programmiersprache Java realisiertes Konzept für den elektronischen Zahlungsverkehr. Eine Software mit dem Namen „JavaWallet“, soll auf Dauer die Kreditkarte ersetzen. Das JECF basiert auf dem SET-Standard.
KAD	*Abk. für* Kontoauszugsdrucker. Gerät, an dem Bankkunden ihre Kontoauszüge (Giro, Spar) und ggf. Depotauszüge nach Legitimation durch ihre eurocheque- oder Bankkundenkarte erhalten. Die vom System für den Druck des Kontoauszuges benötigten Angaben sind auf dem Magnetstreifen (Magnetstreifenkarte) bzw. Chip (Chipkarte) gespeichert, der auf der Karte angebracht ist.– *Vgl. auch* Multifunktionsterminal.
Kerberos	Sicherheitssystem für Netze, das durch Verschlüsselung Passwörter und sensible Daten schützt.
KORDOBA	*Abk. für* Kundenorientiertes Dialogsystem für Banken. Standardsoftware (Gesamtbankpaket) für kleine und mittelgroße Kreditinstitute; ca.

	50 Installationen in Deutschland. Großrechnersoftware unter dem Betriebssystem BS2000 (Siemens). Neuerdings werden Teilbereiche wie das Wertpapiersystem und das Zahlungsverkehrssystem als Standalone-Lösung für unterschiedliche Systemplattformen weiter- bzw. neu entwickelt. Die KORDOBA Gesellschaft für Bankensoftware ist ein Gemeinschaftsunternehmen von Siemens Business Services und Deutscher Postbank. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
Kryptographie	1. *Begriff:* Die K. befasst sich mit der Verschlüsselung von Informationen (griech. "kryptos" [verborgen]). Durch Ändern, Vertauschen oder Hinzufügen von Zeichen nach bestimmten Regeln wird ein Klartext in einen Schlüsseltext verwandelt und umgekehrt. 2. *Arten:* Es wird zwischen symmetrischen und asymmetrischen K.-Verfahren unterschieden. a) *Symmetrisches Verfahren:* Zur Ver- und Entschlüsselung einer Nachricht wird derselbe Schlüssel verwendet. Die Kommunikationspartner müssen diesen zuvor über einen separaten Kommunikationskanal austauschen. Das symmetrische Verfahren ist wenig rechenintensiv. b) *Asymmetrisches Verfahren:* Hier besitzen beide Kommunikationspartner je einen geheimen (Private Key) und einen öffentlichen Schlüssel (Public Key). Wird ein Text mit dem öffentlichen Schlüssel verschlüsselt, kann er nur mit dem geheimen Schlüssel wieder geöffnet werden. Die beiden Kommunikationspartner müssen zuvor ihren öffentlichen Schlüssel austauschen. Das asymmetrische Verfahren ist sehr rechenintensiv. – *Vgl. auch* SSL, Trust Center, Zertifizierung. **Literatur:** KREBS, T./THIEL, C., Sicherheit in der elektronischen Geschäftsabwicklung, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 147-164
LAN	*Abk. für* Local Area Network. Rechnernetzwerk mit lokal angeschlossenen Computern. I.d.R. sind LANs auf einzelne Gebäude oder Gebäudeteile beschränkt. – *Vgl. auch* WAN *und* WLAN.
Magnetstreifenkarte	Die am weitesten verbreitete Variante bei kartengesteuerten Zahlungssystemen. Weltweit sind mehr als 1 Mrd. M. für unterschiedliche Zahlungszwecke im Umlauf. Das wesentliche Merkmal einer M. ist der Magnetstreifen, der auf der Rückseite neben einem Unterschriftsfeld angebracht ist. Auf dem Streifen können mit Spezialgeräten Informationen, wie die Kontonummer des Karteninhabers, gespeichert und gelesen werden. Einsatzbereiche von M. sind z.B. Kontoauszugsdrucker, Geldausgabeautomaten und POS-Banking. Magnetstreifen werden zunehmend durch den Einsatz von Chips (Chipkarte) ersetzt.
Mainframe	*Großrechner, Host.* Rechner, auf dem alle Daten zentral gespeichert und auch alle nötigen Verarbeitungsfunktionen ausgeführt werden. Klassische M. besitzen Ein-/Ausgabegeräte ohne eigene Intelligenz (Datensichtstationen), an denen die Benutzer arbeiten. Verbreitung ha-

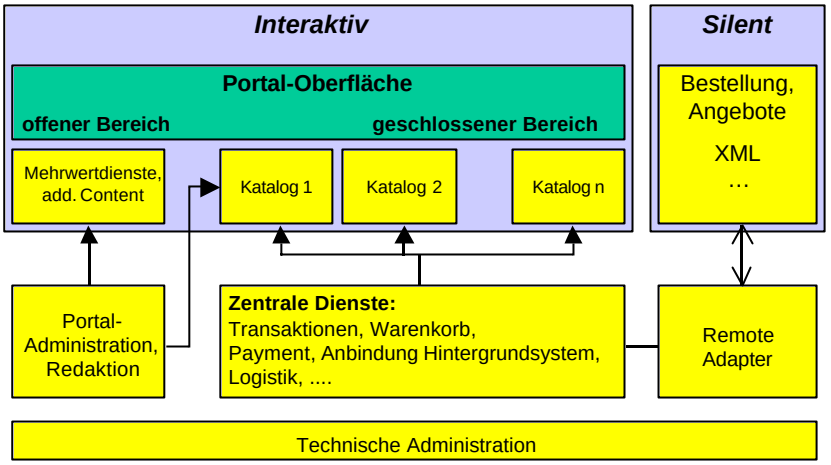
	ben insbesondere sog. 3270-Terminals (IBM) gefunden. Neuere Konzepte nutzen M.-Rechner im Wesentlichen als Daten-Server. Die Endgeräte (Clients) übernehmen Präsentations- und teilweise Verarbeitungsaufgaben. – *Vgl. auch* Client/Server-System.
Managementinformationssystem	*(MIS)*, *Executive Information System (EIS), Führungsinformationssystem (FIS)*. Computergestütztes System, das dem Management direkt und zeitnah steuerungsrelevante Informationen zur Verfügung stellt. Ein M. bietet i.d.R. vordefinierte Berichte, aber auch ad hoc selektierbare Daten und Kennzahlen im Zusammenhang mit Kommunikationsfunktionen (E-Mail). Führungskräfte sollen mit Hilfe des M. zielgerichtet an die erforderlichen Informationen gelangen, unabhängig davon, auf welcher Unternehmensebene (abgestufte Informationsanalyse, „Drill-down“) oder in welchem IT-System diese Informationen angesiedelt sind. M. sollen u.a. Abweichungsanalysen automatisieren, Trendverläufe und Zusammenhänge grafisch darstellen und externe Daten integrieren. Inhalte von M. sind Absatzdaten, Marktanteile, Informationen zum Risikomanagement, Zielvereinbarungen usw.
Marktplatz	Zentraler Ort im Web, der als Treffpunkt von Käufern und Verkäufern spezifischer Produkte oder Services fungiert. Ein M. hat intermediäre Funktionen (z.B. Ausrichtung von Auktionen). Oft beinhalten M. auch Portalfunktionen.
MBS	*Abk. für* Modulares Bankensystem. Standardsoftware für kleine und mittelgroße Kreditinstitute, Hersteller: Alldata; Großrechnersoftware für IBM-Betriebssysteme; 25 Installationen. Neueres Produkt: MBS*open*, z.Zt. 10 Installationen. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
MFT	*Abk. für* Multifunktionsterminal.
Middleware	Softwareschicht, die zwischen den Anwendungsprogrammen und den Systemplattformen (d.h. Hardware und Systemsoftware) liegt. Ziel ist es, eine einheitliche Verteilungsplattform für Anwendungen in einem heterogenen und verteilten Umfeld zu ermöglichen. M. soll die Dienste der Systemplattformen den Anwendungsprogrammen so bereitstellen, als würden diese nur eine einzige Plattform benutzen. Sie soll also – mittels standardisierter Schnittstellen und Protokolle – eine Brücke zwischen den unterschiedlichen Semantiken von Diensten aus unterschiedlichen Systemen schaffen. M. lässt sich klassifizieren in: 1. MOM (Message-oriented Middleware, meldungsorientierte M.), z.B. MQ Series (IBM), 2. ORB (Object Request Broker), z.B. CORBA und DCOM, 3. RPC (Remote Procedure Calls) und 4. TPM (Transaction Processing Monitoring), transaktionsorientierte M., z.B. CICS (IBM). – *Vgl. auch* TP-Monitor.

	Middleware als Verteilungsplattform in einem heterogenen Umfeld  **Literatur:** ÖSTERLE, H./RIEHM, R./VOGLER, P.(HRSG.), Middleware, Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg 1996 **Produkte**: Marktführende Middleware-Produkte im Bereich der Internettechnologie sind WebLogic (BEA Systems) und WebSphere (IBM)
Mobile Banking	*Handy Banking*. Durchführung von Bankgeschäften auf Basis des Mobilfunks. Dabei wird das Handy als multifunktionales Terminal genutzt. Die Datenübertragung erfolgt via DECT (Digital Enhanced Cordless Wire; Standard für schnurlose digitale Kommunikation) und/oder GSM (Global System for Mobile Communication; Standard für ein internationales digitales Funknetz). Zukünftig wird vermutlich der vom ETSI (European Telecommunications Standards Institute) festgelegte Standard UMTS eine Rolle spielen. – *Vgl. auch* CCSD.
Mobile Commerce	Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Endverbrauchern (B2C) bzw. zwischen Unternehmen (B2B), der über mobile Endgeräte abgewickelt wird; spezielle Form des Electronic Commerce.
Mondex	Projekt einer elektronischen Geldkarte im angelsächsischen Bereich (Urheber NatWest, Zusammenarbeit mit MasterCard). Dabei ist geplant, dass Kreditinstitute für jeden Chip, der in institutseigene Karten implementiert wird, Nutzungsgebühren an den Lizenzgeber Mondex International zahlen.
MSS	*Abk. für* Management Support System. Oberbegriff für Entscheidungsunterstützungssysteme (Decision Support Systems, DSS) und Führungsinformationssysteme (Executive Information Systems, EIS).
Multifunktionsterminal	*(MFT)*. Gerät, an dem der Kunde nicht nur Auszahlungen, sondern auch Einzahlungen, Kreditberechnungen, Kontostandsabfragen, Dauerauftragsänderungen usw. vornehmen kann. Gelegentlich als BOT

	(Beratungs- und Ordering-Terminal) bezeichnet.
NC	*Abk. für* Netzwerkcomputer. Der Vorteil beim Einsatz von NCs liegt in der zentralen Verwaltung sowohl der Daten als auch der Anwendungsprogramme. Beim Systemstart wird das Betriebssystem über das Netzwerk vom Server in den Hauptspeicher geladen, ebenso wie die Anwendungsprogramme und Daten. Es ist nicht mehr notwendig, auf jedem einzelnen Rechner lokal das Betriebssystem, die Anwendungsprogramme oder Daten zu installieren, zu sichern und zu aktualisieren. Alle Softwarekomponenten werden auf Anforderung des NC über das Netzwerk vom Server bezogen. Der Benutzer kann somit nur online arbeiten. Dementsprechend ist bei einem Ausfall des Servers das Arbeiten am NC nicht mehr möglich.
Near-Time	Mit N.-T. wird die technische Annäherung an das Ziel der Real-Time-Verarbeitung bezeichnet.
Netzgeld	Geld, dass als Zahlungsmittel in Netzwerken eingesetzt werden kann. Moderne Kryptographie soll hierbei vor Fälschungen schützen. Nach dem KWG (§ 1, II, Nr. 12) handelt es sich bei N. um vorausbezahlte elektronische Zahlungseinheiten. Im Unterschied zu vorausbezahlten Karten eignen sich Netzgeldsysteme insbesondere zum Transfer von größeren Geldbeträgen im nationalen und grenzüberschreitenden Fernzahlungsverkehr. Theoretisch könnten damit die traditionellen Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ersetzt werden. Die Ausgabe von N. zum Bankgeschäft wird vom KWG bestimmt. Mittlerweile hat N. im praktischen Gebrauch kaum eine Bedeutung. – *Vgl. auch* Electronic Cash.
OCR-Schrift	(*OCR = Optical Character Recognition)*. Normschrift für die maschinelle Belegerfassung. In der Kreditwirtschaft ist insbesondere die OCR-A-Schrift (DIN 66008) relevant. Hier umfasst der Zeichensatz nur stilisierte Großbuchstaben und Ziffern. Verwendung findet die Schrift z.B. für vorgedruckten Text auf Schecks und Überweisungsformularen. Das Leseprinzip des optischen Beleglesers beruht auf der optischen Abtastung des Schwarz-Weiß-Unterschiedes, wobei die Übereinstimmung mit den Sollmustern geprüft wird und das gefundene Zeichen dann als digitale Signalfolge zum Rechner gelangt. Entsprechend dem Abkommen über den Einzug von Schecks (Scheckabkommen) müssen alle Schecks vor der Weiterleitung an die betreffenden Kreditinstitute bzw. an die Landeszentralbanken in der OCR-A-S. so weit ausgefüllt sein, dass ein automatisches Belegclearing möglich ist. – *Vgl. auch* Codierung.
offline	Zustand, bei dem die elektronische Verbindung zu einem Großrechner oder Server unterbrochen bzw. Nicht erforderlich ist. – *Gegensatz:* online.

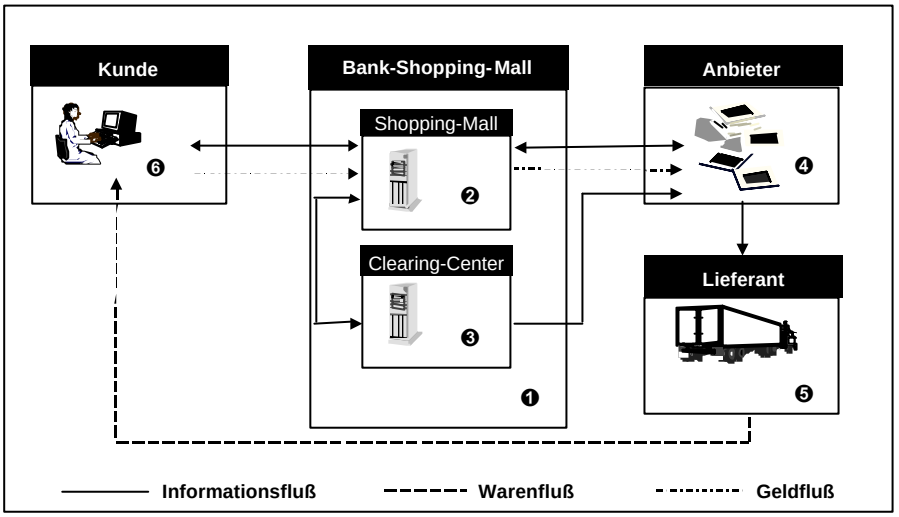
OFX	*Abk. für* Open Financial Exchange. Von den Unternehmen Microsoft, Intuit und Checkfree geschaffener Standard. OFX dient dem elektronischen Austausch von Finanzdaten zwischen Banken, anderen Unternehmen und Privatkunden über das Internet. Insbesondere ermöglicht OFX Banken, Daten von/zu den gängigen Finanzverwaltungsprogrammen (MS-Money, Quicken und Checkfree) zu transferieren. – *Vgl. auch* HBCI.
OLAP	*Abk. für* Online Analytical Processing. Echtzeitanalyse von Unternehmensdaten. Der Anwender kann Kennzahlen (Anzahl verkaufter Produkte, Marktanteil etc.) unter beliebigen Fragestellungen bzw. Dimensionen (Region, Produkt, Zeit, Kundengruppe usw.) betrachten. – *Vgl. auch* Data Mining. **Literatur:** HIPPNER,H./WILDE,K. D., „Der Prozess des Data Mining im Marketing“, in: Hippner,H./Küsters, U./Meyer, M./Wilde, K. (Hrsg.), Handbuch Data Mining im Marketing – Knowledge Discovery in Marketing Databases, Braunschweig: Vieweg 2001, S. 21-91
OLV	*Abk. für* Online-Lastschriftverfahren. – *Vgl.* Electronic Cash.
OMG	*Abk. für* Object Management Group; eine internationale Non-Profit-Vereinigung von Unternehmen aus verschiedenen Branchen, die Spezifikationen für die Computerindustrie definiert. Dabei stehen Portabilität (Austausch, Übernahme), Interoperabilität (Zusammenarbeit) und Plattformunabhängigkeit im Vordergrund. Z.B. wurden Standards wie CORBA festgelegt. Praktisch alle großen Unternehmen der Computerindustrie sowie mehrere hundert kleinere zählen zu den Mitgliedern. **Weitere Informationen:** WWW.OMG.ORG
online	Zustand, bei dem eine elektronische Verbindung (Telefonleitung, LAN, WAN etc.) zu einem Großrechner oder Server besteht. Eine O.-Verbindung ist erforderlich, wenn Daten in Real-Time verarbeitet werden sollen. – *Gegensatz:* offline.
Online Banking	Begriff für Bankgeschäfte, die Kunden unter Nutzung ihres an ein proprietäres Netz oder an das Internet angeschlossenen PCs durchführen. – *Vgl.* Home Banking.
OSI	*Abk. für* Open Systems Interconnection. Die OSI ist eine Sammlung von ISO-Standards (ISO = International Standardization Organization) zur Kommunikation zwischen Computersystemen. **Weitere Informationen:** WWW.ISO.CH

Outsourcing	*Abk. für* Outside Resource Using. Ziel des O. ist es, diejenigen Teile einer Wertschöpfungskette, in denen *andere* Unternehmen ihre Kernkompetenzen haben und damit leistungsstärker sind, von externen Anbietern zu beziehen. – *Vgl. auch* Bankinformatik. **Literatur:** LUX, W., Outsourcing der Datenverarbeitung - von der Idee zur Umsetzung, Berlin: Springer 1997
PABA	*Abk. für* Privat- und Auslandsbankensystem. Standardsoftware (Gesamtbankpaket) für kleinere Kreditinstitute, Hersteller: ACTIS; Betriebssystem AIX (IBM). Überarbeitetes Produkt PABA/Q mit grafischer Benutzeroberfläche, insges. ca. 40 Installationen in Deutschland. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
PIN	*Abk. für* Persönliche Identifikationsnummer. Ausschließlich dem Berechtigten (Kontoinhaber) bekannte persönliche Geheimzahl. Gebräuchlichste Einsatzgebiete von PINs im Geldgeschäft: Kreditkarte, eurocheque-Karte, Electronic Banking. Wird heute insbesondere bei Abhebevorgängen an Geldausgabeautomaten, beim Electronic Cash und bei Transaktionen via Internet benötigt. Hintergrund: Durch die Pflichteingabe des PIN-Codes soll der Missbrauch von gestohlenen oder als verloren gemeldeten Karten zumindest stark eingeschränkt werden. – *Vgl. auch* Electronic Cash, Home Banking.
PKI	*Abk. für* Public-Key-Infrastruktur.
Portal	*(engl.: Pforte, großer Eingang)*; im Zusammenhang mit dem WWW eine Plattform, die unter einer eindeutigen Internetadresse aufrufbar oder bereits über einen Browser oder einen Internetserviceanbieter vorkonfiguriert ist. Nach dem Umfang des Leistungsangebots wird zwischen horizontalen und vertikalen P. unterschieden. Erstere beinhalten mehrere Themengebiete, letztere bieten themenspezifische Inhalte an. Ein Finanzportal stellt damit die vertikale Ausprägung eines P. dar. Das Leistungsangebot eines Finanzportals enthält z.B. Wirtschaftsnachrichten, Informationen über Anlageformen, Wertpapierkurse, Kontenaggregationen und Konditionsvergleiche verschiedener Anbieter. Im Gegensatz zu Homepages erfüllt ein Finanzportal übergeordnete Navigations- und Aggregationsfunktionen.

	Entwurf einer Portal-Architektur  Quelle: Siemens Business Services
POS	*Abk. für* Point of Sale. Im allgemeinen Sinn: Der Verkaufsort im Handel mit Waren und Dienstleistungen, der den Abwicklungspunkt aller Kauf- bzw. Verkaufsstrategien darstellt. – Im speziellen Sinn: Verfahren der bargeldlosen Zahlung an Kassen oder Automaten mittels einer Bankkarte, bei dem die Legitimation des Kunden durch Eingabe der PIN, die online überprüft wird, erfolgt. Ist diese Überprüfung erfolgreich, erfolgt eine sofortige Belastung des Kundenkontos mit anschließender Gutschrift auf dem Händlerkonto. Die Bank garantiert dem Händler die Zahlung. – *Vgl. auch* Electronic Cash, POZ.
POZ	*Abk. Für* Point of Sale ohne Zahlungsgarantie. Verfahren der bargeldlosen Zahlung an Kassen oder Automaten mittels einer Bankkarte, bei dem die Legitimation durch die Unterschrift des Karteninhabers erfolgt. Der Rechnungsausgleich wird durch Lastschrifteinzug vom Konto des Karteninhabers vorgenommen. Der Firmenkunde (Händler) erhält keine Zahlungsgarantie durch die Bank. – *Vgl. auch* Electronic Cash, POS.
Provider	Partner (Dienstleister), der den Zugang zu einem Netz (Internet, proprietäres Netz) ermöglicht, z.B. T-Online, AOL. – *Vgl. auch* ISP.
Proxy-Server	Rechner eines Internet-Providers, der häufig besuchte Internetseiten als Kopie lokal speichert und dem Benutzer die gewünschte Seite in kurzer Zeit zukommen lässt. Damit werden lange Zugriffszeiten auf die „Originalseite“ vermieden. Sind die Daten nicht lokal auf dem P.-S. vorhanden, wird der „Surfer“ zur gewünschten Adresse weiterverbunden.
Public-Key-Infrastruktur	*(PKI)*. Sicherheitsinfrastruktur, die mit dem Public-Key-Verfahren arbeitet. PKI wird hauptsächlich im Finanzdienstleistungsbereich eingesetzt. Sie eignet sich besonders für Anwendungen, bei denen viele Teilnehmer sichere Sitzungen mit einem zentralen Server aufbauen und sich selbst anmelden müssen. Eine PKI muss alle potenziellen Gefahren-

	punkte in einem verteilten Netz berücksichtigen. 1999 wurde von mehreren Banken Identrus ins Leben gerufen, eine PKI für die Abwicklung von Zahlungsvorgängen und anderen Finanzdienstleistungen. – *Vgl. auch* Kryptographie.
Public-Key-Verfahren	Verschlüsselungstechnik, die mit zwei Schlüsseln arbeitet, einem privaten und einem im Internet veröffentlichten Schlüssel. Für das Entschlüsseln von Daten, die mit einem der beiden Schlüssel kodiert worden sind, sind beide Schlüssel zusammen erforderlich. – *Vgl. auch* Public-Key-Infrastruktur.
Real-Time	*Echtzeit*. Mit der Eingabe von Daten findet zeitgleich die Verarbeitung und ggf. Die Ausgabe des Ergebnisses statt. Hierbei gibt es keine merkliche Verzögerung. – *Vgl. auch* Near-Time.
Router	Computersystem zur Weiterleitung von Nachrichten von einem Netz bzw. Netzsegment in ein anderes. Bei R. handelt es sich um intelligente Systeme, die in der Lage sind, unterschiedliche Netzprotokolle zu übersetzen und so unterschiedlich arbeitende Netze wie beispielsweise Ethernet, Arcnet oder Token-Ring-Netze miteinander zu verbinden. Mit R. können große Entfernungen innerhalb eines Netzwerks zwischen der Zentrale und den lokalen Netzwerken überwunden werden. Unter *Routing* versteht man eine „Wegwahl-Funktion“ zur Vermittlung von Nachrichten zwischen den verschiedenen Netzen. Man unterscheidet dabei zwischen Einzelprotokoll-R., die LAN-Subnetze auf der Basis eines einzelnen LAN-Protokolls verbinden, und Multiprotokoll-R., die in der Lage sind, mehrere Protokolle parallel zu handhaben (IP, IPX, AppleTalk etc.). Die Verbindung kann eine LAN-LAN- oder LAN-WAN-Verbindung sein.
RSA	Asymmetrisches, sehr sicheres Verschlüsselungsverfahren, das nach den Entwicklern Rivest, Shamir und Adleman benannt wurde. – *Vgl. auch* Digitale Signatur.
RTGS^{plus}	*Abk. für* Real-Time Gross Settlement Plus. Bruttoverrechnungssystem der Deutschen Bundesbank, in dem eilige Zahlungen nach Deckung sofort in Echtzeit, d.h. innerhalb von Sekunden oder Minuten, ausgeführt werden. Da die Zahlungen nur nach Deckung erfolgen, stehen sie dem Empfänger mit der Buchung auf seinem Konto unwiderruflich und endgültig zur Verfügung. Eine Rückabwicklung mit der Gefahr des Ausstrahlens von Zahlungsschwierigkeiten eines Teilnehmers auf andere Teilnehmer wie bei den klassischen Nettosystemen findet nicht statt. Aufträge, für die keine Deckung besteht, werden zunächst in eine Warteschlange gestellt. Erfolgt bis zum Tagesende keine Deckung, werden die Zahlungsaufträge in der Warteschlange gelöscht und an die auftraggebende Bank unausgeführt zurückgegeben. RTGS^{plus} hat Anfang 2001 das bisherige RTGS-System ersetzt und integriert die bisherigen Verfahren Euro Access Frankfurt (EAF) und Elektronischer Schalter

	(ELS). Im Kern besteht das System aus den vier Komponenten Zahlungsverarbeitung, Zugang zum TARGET-System, Information/Steuerung und Liquiditätshaltung. Für die Datenformate werden die international gebräuchlichen S.W.I.F.T.-Standards verwendet.
RZ	*Abk. für* Rechenzentrum. Klassischer Standort für Großrechner und entsprechende Peripherie (Modems, Platten-/Bandstationen, Drucker). Hier erfolgt die Verarbeitung der Transaktionsdaten der Bank.
R/3	Standardisierte, branchenneutrale Anwendungssoftware der SAP AG auf Client/Server-Basis. Für die Unterstützungsprozesse in Banken sind insbesondere die Module Controlling (CO), Finanzbuchhaltung (FI), Materialwirtschaft (MM), Personalwirtschaft (HR), Anlagenwirtschaft (AM) relevant. Für die Kernprozesse wird die Branchenlösung SAP Banking mit den Modulen Einzelgeschäftskalkulation (EGK) und Risikomanagement (RM) angeboten. Als weiteres Modul ist BKK (ein Kontokorrentsystem für die Abbildung von Geldforderungen zwischen Banken und deren Kunden) verfügbar. – *Vgl. auch* Bankinformatik.
Selbstbedienungsgeräte	*SB-Geräte*. Alle technischen Einrichtungen, an denen der Kunde selbstständig Bankgeschäfte durchführen oder Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Dazu zählen Geldausgabeautomaten (GAA), Kontoauszugsdrucker (KAD) und Multifunktionsterminals (MFT).
Server	Zentraler Rechner in einem Netzwerk, der Computern am Arbeitsplatz (Clients) Daten, Speicherplatz, und Ressourcen zur Verfügung stellt. Arten von S. sind z.B. Web-Server, Application Server, Drucker-Server. – *Arten:* a) *Web-Server* sind Knotenpunkte des Internet. Sie haben die Aufgabe, die von einem Browser angeforderten HTML-Dokumente zu liefern. W.-S. enthalten spezielle Schnittstellen für die Anbindung anderer Applikationen oder Datenbanken. – b) *Application Server* stellen Anwendungslogik bereit, die von den Clients genutzt wird.
Service Level Agreement	(*SLA*). Vereinbarung zwischen Fachbereich und IT-Bereich oder Bank und IT-Dienstleister zur Erbringung festdefinierter Dienstleistungen. Dazu können unterschiedliche Leistungsstufen festgelegt werden.
SET	*Abk. für* Secure Electronic Transaction. Übermittlungsverfahren, das eine sichere Zahlung von Einkäufen im Internet mittels Kreditkarten gewährleistet. Durch den Einsatz moderner Kryptographieverfahren und die Einführung eines Zertifikatsystems sollen die Integrität der Zahlungen, die Vertraulichkeit der übermittelten Informationen und die Identität von Karteninhaber und Händler sichergestellt werden. SET ist sogar in der Lage, Nichtabstreitbarkeit (Non-Repudiation) von elektronischen Transaktionen zu gewährleisten. Das SET-Verfahren beruht auf einem asymmetrischen Verschlüsselungsverfahren. Durch die Zertifikate wird sichergestellt, dass ein bestimmter öffentlicher Schlüssel einer ganz bestimmten Person zugeordnet ist. – *Vgl. auch* Kryptographie, Zertifizie-

	rung, SSL.
Shared Browsing	*Joint Browsing*. Die Möglichkeit zweier Internetbenutzer, gleichzeitig auf dieselbe Seite zuzugreifen. Dadurch kann ein Kunde auf der Homepage eines Anbieters, z.B. einer Bank, direkt von einem Mitarbeiter beraten werden, der ihn durch die Website führt, ihn auf wichtige Informationen hinweist oder ihm hilft, ein HTML-Formular auszufüllen.
Shopping Mall	Im allgemeinen versteht man unter dem Begriff S.M. ein Einkaufszentrum, in dem viele verschiedene Geschäfte unter einem Dach ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten. Unter einer elektronischen S.M. versteht man dementsprechend ein „virtuelles" Einkaufszentrum (im Internet, interaktiven TV o.ä.), das auf der Basis von Informationstechnologie betrieben wird. Hier sind die Anbieter von Produkten und Dienstleistungen unter *einer* Internet-Adresse vereint. Der Vorteil liegt in der ständigen, weltweiten Verfügbarkeit. – *Vgl. auch* Internet Banking. Modell einer elektronischen Shopping-Mall  ❶ = Bank-Shopping-Mall ❷ = Web-Server ❸ = Shop-Management-Server ❹ = Anbieter ❺ = Lieferanten ❻ = Kunden **Literatur:** ECKER, T./MOORMANN. J., Die Bank als Betreiberin einer elektronischen Shopping-Mall, in: LANGE, T. A. (Hrsg.), Internet-Banking. Der Bankvertrieb im Umbruch, Wiesbaden: Gabler 1998, S. 101-130
SigG	*Abk. für* Signaturgesetz. „Zweck des Gesetzes ist es, Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen zu schaffen" (§1 des SigG). Das an die EU-Richtlinie über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen angepasste „Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und zur Änderung weiterer Vorschriften" ist am 22.05.2001 in Kraft getreten und löst das Signaturgesetz von 1997 ab. Das Signaturgesetz von 1997 knüpfte die Zulassung als Trustcenter an eine Reihe strenger Auflagen, die nach Meinung von Experten einen Durchbruch der digitalen Signatur bisher aufgrund zu

	hoher Kosten verhindert hatte. – *Vgl. auch* Digitale Signatur.
SIZ	*Abk. für* Informatikzentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn.
SLA	*Abk. für* Service Level Agreement; vertragliche Vereinbarung zwischen Serviceabnehmer und Servicelieferant. Eine SLA enthält Spezifikationen bzgl. Inhalt und Qualität von zu erbringenden Dienstleistungen. Zudem werden in einer SLA werden auch der Preis für den Servicekunden und die Konsequenzen für den Servicelieferanten im Falle der Nicht- oder Minderleistung festgelegt. Für den IT-Bereich stellt der ITIL-Standard (IT Infrastructure Library) einen umfassenden Rahmen für das IT-Service-Management dar.
Smart Card	– *Vgl.* Chipkarte.
SSL	*Abk. für* Secure Socket Layer; ein von Netscape Communications entwickeltes verbindungsorientiertes Protokoll, dass zur Sicherheit und zum Datenschutz bei Internet-Transaktionen dient. Es handelt sich um einen Client/Server-Ansatz, der sowohl das asymmetrische Public-Key-Verfahren als auch die symmetrische Verschlüsselung verwendet. SSL ist eines der am weitesten verbreiteten Sicherheitsprotokolle und wird wegen seiner leichten Implementierbarkeit häufig auch außerhalb des Internet eingesetzt. Unter anderem erkennt man auf dem SSL-Protokoll basierende Internetverbindungen daran, dass die Adressen statt mit „http“ mit „https“ beginnen. Im Gegensatz zur Verwendung von SET hat der Händler bei einer SSL-Transaktion die Möglichkeit, die Kreditkartennummer des Kunden zu sehen. Außerdem ist die Nichtabstreitbarkeit (Non-Repudiation) der abgewickelten Geschäfte nicht gewährleistet, was bei SET der Fall ist – *Vgl. auch* Kryptographie.
Standardsoftware	Vollständiger Fremdbezug einer Applikation oder eines Moduls, wobei die Wartung und Weiterentwicklung ausschließlich durch den Hersteller mittels neuer Versionen erfolgt. Im Bankenbereich lässt sich S. in Gesamtbankpakete sowie Teillösungen differenzieren. *Gesamtbankpakete* eignen sich dabei eher für kleine und mittelgroße Banken (z.B. KORDOBA, PABA/Q, MBS*open*) und sind für große Kreditinstitute ungeeignet. Softwarepakete, die *Teillösungen* für das Bankgeschäft bieten, finden in allen Banken Verwendung (z.B. R/3-Komponenten von SAP). – *Vgl. auch* Bankinformatik.
STP	*Abk. für* Straight Through Processing; Begriff in der Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklung. STP beschreibt die Fähigkeit, einen Geschäftsvorfall möglichst vollautomatisch abzuwickeln. Beispielsweise erreicht der Handel über XETRA ab der Ordererteilung durch den Kunden bei vielen Banken eine STP-Rate von über 95 Prozent.
Switch	*Schalter, Vermittler*. Ähnlich wie beim Hub können beim Switching LAN-Stationen ohne Unterbrechung des Netzwerkbetriebs angeschlossen

<table>
<tr><td></td><td>werden. Hierbei steht den geswitchten LAN-Stationen (im Unterschied zum Hub-Konzept) die volle Netzwerkbandbreite zur Verfügung.</td></tr>
<tr><td>Systemsoftware</td><td>Oberbegriff für das Betriebssystem eines Rechners (z.B. MVS [IBM], BS2000 [Siemens], UNIX bzw. UNIX-Derivate wie AIX [IBM], HP-UX [Hewlett Packard] oder LINUX, Windows NT [Microsoft], die Middleware sowie das Datenbanksystem (z.B. DB2 [IBM], Oracle, Sybase).</td></tr>
<tr><td>S.W.I.F.T.-Standards</td><td>Abk. für Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications. Seit November 2001 ist ISO 15022 der Kommunikationsstandard für S.W.I.F.T. und soll ab November 2002 die bestehende Norm ISO 7775 für alle S.W.I.F.T.-Anwender verpflichtend ablösen. Der neue Standard unterstützt Straight Through Processing (STP) weit stärker als der vorherige Standard. Von S.W.I.F.T. wurde eine Reihe von Formaten (Message Types, MT) für Nachrichtenübertragungen festgelegt. Nachrichten im S.W.I.F.T.-Netz sind mit drei Ziffern bezeichnet. Durch die erste Ziffer wird die Nachrichtenkategorie angegeben:

<table>
<tr><td>0</td><td>System Message</td></tr>
<tr><td>1</td><td>Customer Payments & Cheques
Nachrichten zu (End-)Kundenzahlungen, z.B. MT100/103 als Kundenüberweisung</td></tr>
<tr><td>2</td><td>Financial Institution Transfer
Nachrichten zu Bank-an-Bank Zahlungen, z.B. MT200 als Bankübertrag für eigenes Konto, MT202 (Bankübertrag zu Gunsten einer dritten Bank)</td></tr>
<tr><td>3</td><td>Foreign Exchange, Money Markets & Derivatives
Devisen-, Geldhandelsgeschäfte und Derivate, z.B. MT300 als Bestätigung eines Devisengeschäftes</td></tr>
<tr><td>4</td><td>Collections & Cash Letters
Dokumenten-Inkassi</td></tr>
<tr><td>5</td><td>Securities Markets
Wertpapiertransaktionen</td></tr>
<tr><td>6</td><td>Precious Metals & Syndications
Edelmetallgeschäfte</td></tr>
<tr><td>7</td><td>Documentary Credits & Guarantees
Akkreditive und Garantien, z.B. MT700 als Akkreditivausstellung</td></tr>
<tr><td>8</td><td>Travellers Cheques
Reisescheck-Transaktionen</td></tr>
<tr><td>9</td><td>Cash Management & Customer Status
Cashmanagement/Auszüge wie z.B. MT940 als Bank-an-Kunde-Kontoauszug</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>TAN</td><td>Abk. für Transaktionsnummer. Bei Ausführung von Aufträgen über das Internet für jede Transaktion vom Kunden einzugeben. Jede TAN kann nur einmal benutzt werden. Neuere Verfahren basieren auf dem HBCI-Standard, für den eine TAN nicht erforderlich ist. – Vgl. auch Home Banking.</td></tr>
<tr><td>TARGET</td><td>Abk. für Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer. Mit Beginn der dritten Stufe der EWU eingeführtes</td></tr>
</table>

	Zahlungssystem, das durch eine schnelle, effiziente und sichere Abwicklung von Großzahlungen zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Großzahlungsverkehrs in Europa beitragen soll. T. ist ein dezentrales Verbundsystem. Die Komponenten sind die nationalen RTGS-Systeme der dem Euro-Währungsraum angehörenden Länder sowie der Zahlungsverkehrsmechanismus der Europäischen Zentralbank. Auch RTGS-Systeme von EU-Zentralbanken, die zunächst nicht an der Stufe 3 der EWU teilnehmen, können an T. angebunden werden, sofern sie technisch dazu in der Lage sind, neben der nationalen Währung auch Euro-Transaktionen als Fremdwährungszahlungen abzuwickeln. – *Vgl. auch* RTGS^{plus}. **Literatur:** HARTMANN, W., Die Abwicklung des Eurozahlungsverkehrs, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 539-558
TCP/IP	*Abk. für* Transmission Control Protocol/Internet Protocol. Gesamtheit aller Protokolle, die den Datenaustausch u.a. im Internet ermöglichen. TCP/IP umfasst u.a. die Protokolle für den Download von Dateien (File Transfer Protocol, FTP), die Abwicklung der E-Mail-Kommunikation (Simple Mail Transfer Protocol, SMTP) etc. TCP/IP ist für nahezu alle Betriebssysteme wie UNIX, Windows NT usw. verfügbar. Damit bietet TCP/IP den Vorteil einer reibungslosen Kommunikation zwischen an sich inkompatiblen Netzwerken und Rechnersystemen. Die TCP-Mechanismen garantieren, dass die gesendeten Daten vollständig beim Empfänger ankommen, während IP für die Routing-Mechanismen (auf welchem Weg die Datenpakete ihr Ziel erreichen) zuständig ist. – Vgl. auch Router.
Telefon-Banking	Abwicklung von Bankgeschäften über Telefon (Fest- und Mobilfunknetze). Der weitgehende Einsatz von Sprachcomputern und die digitalisierte Belegaufnahme führen vom Papier- zum (vermehrten bzw. ausschließlichen) elektronischen Datentransport und ermöglichen somit eine nachhaltige Verbesserung interner Arbeitsabläufe.
Time-Sharing-Verfahren	DV-technisches Verfahren, bei dem Bankmitarbeiter in kleinen „Zeitscheiben“ Zugriff auf einen Großrechner und dessen Daten bzw. Anwendungsprogramme erhalten. – Vgl. auch Bankinformatik.
TP-Monitor	*Abk. für* Transaction Processing Monitor. Umgebung für die Entwicklung und den Betrieb von Transaktionssystemen. Letztere stellen hohe Ansprüche hinsichtlich der Häufigkeit und der Verlässlichkeit von Zugriffen auf gemeinsame Ressourcen, insbesondere Datenbanken und Dateisysteme. Der TP-M. koordiniert die Anfragen der Benutzer an die Anwendungssysteme. Er stellt eine Reihe von Diensten bereit: Transaktionsmanagementdienste zur Koordination der Transaktionsabwicklung, Dienste zur Darstellung von Masken und Menüs auf den Bildschirmen der Benutzer, Zugriffsvermittlung auf Ressourcen, Verwaltung von

	Warteschlagen (Queues) zur Zwischenspeicherung von Daten usw. TP-Monitore für die verteilte Transaktionsverarbeitung kommen aus der Welt zentraler, Host-basierter Systeme; sie finden jedoch bei der Migration in verteilte Umgebungen immer stärker Beachtung. – *Vgl. auch* Mainframe, Middleware.
Trust Center	*Certificate Authority (CA), Zertifizierungsinstanz*. 1. *Begriff*: Organisation, die digitale Signaturen zur Übermittlung vertraulicher Daten, zum Schutz vor Manipulationen und zur Identitätsprüfung des Urhebers vergibt. – *Vgl. auch* Digitale Unterschrift. 2. *Vorgehensweise*: In der Datenbank eines T.C. werden bestimmte Personen-/Unternehmensdaten sowie ein elektronischer Identitätsbeweis für die Person/das Unternehmen hinterlegt. Jede Person/ jedes Unternehmen erhält neben der Kennung einen elektronischen Schlüssel, der sie/es eindeutig identifiziert. Nachdem sich jemand gegenüber dem T.C. (z.B. durch Vorlage eines Personalausweises) identifiziert hat, erzeugt das T.C. die geheimen und öffentlichen Schlüssel. Mit diesen kann sich die Person/das Unternehmen gegenüber Dritten auf elektronischem Wege ausweisen. Mit Hilfe des T.C. kann die elektronische Signatur (digitale Signatur) durch Dritte verifiziert werden. Ungültig gewordene oder nicht eindeutig zuzuordnende Schlüssel werden vom T.C. zurückgewiesen. – *Vgl. auch* Kryptographie.
UML	*Abk. für* Unified Modeling Language. UML ist eine formale Sprache zur Spezifikation, Visualisierung, Konstruktion und Dokumentation von Softwaresystemen und Geschäftsmodellen. Sie besitzt zahlreiche Darstellungsmöglichkeiten, anhand derer sich statische und dynamische Aspekte eines Modellierungsgegenstands durch unterschiedliche Blickwinkel betrachten lassen. UML basiert auf den Modellierungssprachen von drei objektorientierten Methoden: Booch, Object Modeling Technique (OMT) und Object-Oriented Software Engineering (OOSE). 1997 wurde UML von der OMG aufgenommen und ist seitdem zum Industriestandard für Objekt- und Komponentenmodellierung geworden.
UMTS	*Abk. für* Universal Mobile Telecommunications Systems; ein Mobilfunkstandard, der mehr als 20mal so schnell ist wie der davor existierende GSM-Standard. Durch eine höhere Datenübertragungsrate kann das Handy noch intensiver für das Mobile Banking genutzt werden.
VAN	*Abk. für* Value Added Network. Netzwerk, über das Informationen übertragen werden, mit denen ein gewisser Mehrwert für den Empfänger verbunden ist (z.B. EDIFACT-Informationen).
Voice over IP	*(VoIP).* Sprachübertragung über das Internet, auch IP-Telefonie oder Internet-Telefonie genannt. Hierbei werden die Sprachsignale in digitaler Form via Internet verschickt. Die Kommunikation kann von PC zu PC, von PC zu Telefon (und umgekehrt) oder mittels Internet von Tele-

	fon zu Telefon geschehen. Zur Übertragung durch den Computer sind Mikrofon und Lautsprecher erforderlich, meist in Form eines „Headsets“, eine Kombination aus Kopfhörer und Mikrofon. – *Vgl. auch* Shared Browsing.
VPN	*Abk. für* Virtual Private Network.; geschlossenes logisches Netzwerk, das nur für eine bestimmte Benutzergruppe (z.B. ein Unternehmen) zugänglich ist. Ausgehende Nachrichten werden „getunnelt“ (d.h. in unangreifbare Pakete verpackt) und anschließend über das Internet verschickt. Der Vorteil liegt darin, dass ein VPN für einen weltweiten Informationsaustausch genutzt und – bei gleichbleibend hoher Datensicherheit – auf teure Standleitungen verzichtet werden kann.
Wallet	Elektronische Geldbörse in Form eines Softwareprogramms. Das W. wird auf dem heimischen PC installiert.
WAN	*Abk. für* Wide Area Network. Netzwerk mit großer geographischer Ausdehnung, auch länder- oder kontinentübergreifend. – *Vgl. auch* LAN.
WAP	*Abk. für* Wireless Application Protocol; Protokoll, das die Übertragung und Präsentation von speziellen Internet-Inhalten auf Geräten mit eingeschränkter Darstellungsmöglichkeit (insb. Mobiltelefone) definiert. WAP ist unabhängig vom Netzstandard (GSM, GPRS, UMTS). – *Vgl. auch* i-Mode.
Web-Browser-Technologie	W.-B.-T. ermöglicht eine universelle Verknüpfung von Informationen durch Hyperlinks. Sie ist in der Lage, die bereits bestehenden Internet-Dienste unter einer einheitlichen grafischen Oberfläche zu integrieren. Die Integration von Java erweitert die Anwendungsmöglichkeiten der Browser; u.a. werden nun komplexere grafische Darstellungen möglich. Laufschriften, blinkende Antwortfenster, animierte Objekte und auf Java basierende Programme können direkt im Browser ausgeführt werden. Sowohl die Web-Server als auch die Web-Browser dienen als Middleware für Applikationen. Daher ist diese Technologie auch für den Einsatz im Intranet einer Bank interessant.
Web Services	Technologien, mit denen Applikationen unabhängig von ihrem Standort und ihrer Plattform Daten über das Internet austauschen können. Ziel ist es, komplette Geschäftsprozesse auf Web-Basis zur Verfügung zu stellen. Die meisten W.S. verwenden hierzu XML-Standards wie SOAP (Simple Object Access Protocol), WSDL (Web Services Definition Language) und UDDI (Universal Description Discovery Integration). Im Gegensatz zu EAI bauen W.S. nicht auf die Entwicklung kostspieliger neuer Architekturen, sondern setzen verbreitete Standards ein.
Website	*Site;* im Zusammenhang mit dem Internet wird mit W. ein komplettes Web-Angebot bezeichnet, das aus mehreren (ggf. auch sehr vielen) miteinander verbundenen Seiten besteht.

Workflow-Management-System	1. *Begriff:* Computersystem, das die Ablaufkontrolle von Geschäftsprozessen zwischen Personen in Abhängigkeit von ihren Rollen in einem Unternehmen sicherstellt. Ein W.-M.-S. verfügt im Grundzustand über kein Anwendungswissen. Es wird erst durch die Modellierung von Geschäftsprozessen zu einem prozessorientierten Informationssystem. 2. *Komponenten:* W.-M.-S. lassen sich in zwei logische Komponenten unterteilen. a) *Modellierungskomponente:* Mittels grafischer Editoren werden Ablauf und Arbeitsumgebung definiert. Zentrales Element stellen die Geschäftsprozesse dar, die elementare Tätigkeiten, Ressourcen, Organisationseinheiten und Personen miteinander verbinden. Diese Objekte und ihre Beziehungen werden in einer Datenbank gespeichert und können in produktspezifischen Geschäftsprozessbeschreibungssprachen dargestellt werden. b) *Ausführungskomponente:* Sie dient der Ausführung vorher modellierter Geschäftsprozesse und basiert i.d.R. auf einem Client/Server-System. Nach dem Start eines Geschäftsprozesses wird einem ermittelten Akteur eine Aktion zugewiesen. Bei Ausführung der Aktion wird das zugehörige Programm mit den vordefinierten Datentypen ausgeführt. Nach Beendigung werden die Daten an das W.-M.-S. weitergegeben und stehen für die Ermittlung der nächsten Aktivität, des Akteurs und der Ressource zur Verfügung. 3. *Anwendungsbereiche:* W.-M.-S. eignen sich für stark-strukturierte Geschäftsprozesse (z.B. Kreditgeschäft). Für schwach-strukturierte Prozesse bietet sich eher der Einsatz von Groupware an. **Literatur:** KARAGIANNIS, D., Einsatz von Workflow-Technologien zur Umsetzung von Geschäftsprozessen, in: MOORMANN, J./FISCHER, T. (Hrsg.), Handbuch Informationstechnologie in Banken, Wiesbaden: Gabler 1999, S. 385-404; MÖBUS, D., Geschäftsprozeßoptimierung durch Workflow-Management, Frankfurt/M.: Bankakademie-Verlag 1999
WLAN	*Abk. für* Wireless LAN bzw. Wireless Local Area Network. Kabelloses, lokal angelegtes Netzwerk. WLAN-Adapter erlauben die drahtlose Verbindung von z.B. mobilen und stationären Computern an ein vorhandenes, festverkabeltes Netz. Im Gegensatz zu Bluetooth, das für die Verbindung über kurze Entfernungen konzipiert ist, kann ein WLAN größere Distanzen überbrücken, so dass ganze Bürogebäude kabellos verbunden werden können.
WWW	*Abk. für* World Wide Web. – *Vgl.* Internet.
Xetra	*Abk. für* Exchange Electronic Trading. Elektronisches Handelssystem der Deutsche Börse AG. Der Wertpapierhandel über X. findet parallel zum traditionellen Parketthandel statt. Die Vorteile gegenüber dem Parketthandel sind u.a. eine durchgängige Prozesskette, geringere Abwicklungskosten sowie die Transparenz des Orderbuchs und der Handelsaktivitäten. X. basiert auf einem verteilten System nach dem Client/

	Server-Prinzip, wobei das Leitungsnetz zwischen Teilnehmern und Deutsche Börse AG durch die Börse bereitgestellt wird. – *Vgl. auch* Client/Server-System. **Literatur:** BRAUE, C./HILLE, L., Xetra – Elektronisches Handelssystem am Finanzplatz Deutschland, in: Die Bank o. Jg. (1997), S. 140-145
XML	*Abk. für* eXtensible Markup Language; Programmiersprache, die eine Fortentwicklung von HTML darstellt. XML ermöglicht die einfache und für spezifische Anwendungen korrekte Erstellung von komplexen Hypertext-Dokumenten im Datenverkehr des WWW. XML soll insbesondere im E-Commerce-Bereich des Internets umfassend eingesetzt werden. Entwickelt von einer Arbeitsgruppe des World Wide Web Konsortiums (W3C). **Weitere Informationen:** WWW.W3.ORG/XML/
XONTRO	Am Begriff *Makler-Skontro* angelehnter Produktname, unter dem die bisherigen Systeme BOSS-CUBE und BÖGA zusammengefasst wurden. XONTRO ist ein maklergestütztes Orderrouting-, Handels- und Abwicklungssystem für den Kassamarkt an deutschen Wertpapierbörsen. Es stellt das elektronische Orderrouting vom Händlerplatz direkt in das Skontro des Maklers sicher. Dabei werden alle Bearbeitungsschritte einer Order in einer Orderhistorie festgehalten, die online abrufbar ist und dadurch die Preisfeststellung durch die Makler unterstützt. XONTRO stellt darüber hinaus Real-Time-Informationen zum aktuellen Börsengeschehen auf dem Parkett zur Verfügung. Außerdem sorgt XONTRO für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften bis zur Geschäftsbestätigung mit Anschluss an das System CASCADE.
Y2k	*Abk. für* Year 2000. Kürzel, das insb. zur Bezeichnung der Datumsumstellung auf 4stellige Jahresangaben und der sich daraus ergebenden Probleme (Funktionsfähigkeit von Programmen im Zusammenhang mit dem Jahrtausendwechsel) genutzt wurde.
Zertifizierung	Prüfung bestimmter festgelegter Qualitätseigenschaften durch einen Dritten. So kann beispielsweise die Echtheit eines Produktes, einer elektronischen Unterschrift o.ä. zertifiziert werden. – Vgl. auch Digitale Signatur, Trust Center.

Arbeitsberichte der Hochschule für Bankwirtschaft

Bisher sind erschienen:

Nr.	Autor/Titel	Jahr
1	Moormann, Jürgen Lean Reporting und Führungsinformationssysteme bei deutschen Finanzdienstleistern	1995
2	Cremers, Heinz; Schwarz, Willi Interpolation of Discount Factors	1996
3	Jahresbericht 1996	1997
4	Ecker, Thomas; Moormann, Jürgen Die Bank als Betreiberin einer elektronischen Shopping-Mall	1997
5	Jahresbericht 1997	1998
6	Heidorn, Thomas; Schmidt, Wolfgang LIBOR in Arrears	1998
7	Moormann, Jürgen Stand und Perspektiven der Informationsverarbeitung in Banken	1998
8	Heidorn, Thomas; Hund, Jürgen Die Umstellung auf die Stückaktie für deutsche Aktiengesellschaften	1998
9	Löchel, Horst Die Geldpolitik im Währungsraum des Euro	1998
10	Löchel, Horst The EMU and the Theory of Optimum Currency Areas	1998
11	Moormann, Jürgen Terminologie und Glossar der Bankinformatik	1999
12	Heidorn, Thomas Kreditrisiko (CreditMetrics)	1999
13	Heidorn, Thomas Kreditderivate	1999
14	Jochum, Eduard Hoshin Kanri / Management by Policy (MbP)	1999
15	Deister, Daniel; Ehrlicher, Sven; Heidorn, Thomas CatBonds	1999
16	Chevalier, Pierre; Heidorn, Thomas; Rütze, Merle Gründung einer deutschen Strombörse für Elektrizitätsderivate	1999
17	Cremers, Heinz Value at Risk-Konzepte für Marktrisiken	1999
18	Cremers, Heinz Optionspreisbestimmung	1999
19	Thiele Dirk; Cremers, Heinz; Robé Sophie Beta als Risikomaß - Eine Untersuchung am europäischen Aktienmarkt	2000
20	Wolf, Birgit Die Eigenmittelkonzeption des § 10 KWG	2000
21	Heidorn, Thomas Entscheidungsorientierte Mindestmargenkalkulation	2000
22	Böger, Andreas; Heidorn, Thomas; Philipp Graf Waldstein Hybrides Kernkapital für Kreditinstitute	2000
23	Heidorn, Thomas / Schmidt Peter / Seiler Stefan Neue Möglichkeiten durch die Namensaktie	2000
24	Moormann, Jürgen; Frank, Axel Grenzen des Outsourcing: Eine Exploration am Beispiel von Direktbanken	2000
25	Löchel, Horst Die ökonomischen Dimensionen der ‚New Economy'	2000
26	Cremers, Heinz Konvergenz der binomialen Optionspreismodelle gegen das Modell von Black/Scholes/Merton	2000

27	**Heidorn, Thomas / Klein, Hans-Dieter / Siebrecht, Frank** **Economic Value Added zur Prognose der Performance europäischer Aktien**	**2000**
28	**Löchel, Horst / Eberle, Günter Georg** **Die Auswirkungen des Übergangs zum Kapitaldeckungsverfahren in der Rentenversicherung auf die Kapitalmärkte**	**2001**
29	**Biswas, Rita / Löchel, Horst** **Recent Trends in U.S. and German Banking: Convergence or Divergence?**	**2001**
30	**Heidorn, Thomas / Jaster, Oliver / Willeitner, Ulrich** **Event Risk Covenants**	**2001**
31	**Roßbach, Peter** **Behavioral Finance - Eine Alternative zur vorherrschenden Kapitalmarkttheorie?**	**2001**
32	**Strohhecker, Jürgen / Sokolovsky, Zbynek** **Fit für den Euro, Simulationsbasierte Euro-Maßnahmenplanung für Dresdner-Bank-Geschäftsstellen**	**2001**
33	**Frank Stehling / Jürgen Moormann** **Strategic Positioning of E-Commerce Business Models in the Portfolio of Corporate Banking**	**2001**
34	**Norbert Seeger** **International Accounting Standards (IAS)**	**2001**
35	**Thomas Heidorn / Sven Weier** **Einführung in die fundamentale Aktienanalyse**	**2001**
36	**Thomas Heidorn** **Bewertung von Kreditprodukten und Credit Default Swaps**	**2001**

Printmedium: € 25,-- zzgl. € 2,50 Versandkosten

Download im Internet unter: http://www.hfb.de/forschung/veroeffen.html

Bestelladresse/Kontakt:

Bettina Tischel, Hochschule für Bankwirtschaft,
Sonnemannstraße 9-11, 60314 Frankfurt/M.
Tel.: 069/154008-731, Fax: 069/154008-728
eMail: tischel@hfb.de, internet: www.hfb.de

Weitere Informationen über die Hochschule für Bankwirtschaft erhalten Sie im Internet unter *www.hfb.de*